

Energiebeteiligt.de

Eine Sammlung von Fallstudien zur
dialogischen Beteiligung im Rahmen der
Energiewende

Ina Richter*

2017

Institute for Advanced Sustainability Studies (IASSE)
Berliner Straße 130
14467 Potsdam



Arbeitskreis Energie & Umwelt zur Energiewende in Weyarn

Ina Richter*

Hintergrund

Das Weyarner Beteiligungsmodell besteht aus mehreren Elementen und ist seit 2008 Bestandteil der Gemeindefassung. Ein Kernstück sind die Arbeitskreise, die aus der Notwendigkeit zum Handeln in bestimmten Themenbereichen hervorgehen. Arbeitskreise gründen sich im Rahmen von Bürgerwerkstätten, bei denen die Gemeinde zur aktiven Mitarbeit der Bürger an aktuellen kommunalen Themen auffordert. Projekte der Arbeitskreise müssen laut Satzung Gegenstand kommunalen Handelns sein. Arbeitskreise gründen sich autonom und müssen bei der Gemeinde angezeigt werden. Sie bestehen über einen längeren Zeitraum themen- und aufgabenspezifisch, beispielsweise zum Thema Dorfleben, Asyl, Altersplanung und Geschichte. Getagt wird ca. einmal im Monat, wobei die Sitzungen öffentlich sind und der Protokollpflicht an die Gemeinde unterliegen. Einzigartig ist, dass die Arbeitskreise ein vom Rat festgelegtes Budget, Mittel für die Selbstqualifizierung der Mitglieder und für professionelle Fachexperten zur Unterstützung bei konkreten Projekten zur Verfügung bekommen. Grundlage dafür ist ein von ihnen jährlich erarbeiteter Finanzplan.

In Arbeitskreisen erarbeiten Bürger Empfehlungen für den Bürgermeister und Gemeinderat, tragen Ideen zusammen und realisieren konkrete Planungen. Die Planungsergebnisse der Arbeitskreise werden dem Steuerungsgremium vorgelegt, das aus acht Mitgliedern besteht, die alle sechs Jahre neu gewählt werden. Der Bürgermeister wie ein Vertreter der jeweiligen Arbeitskreise sind zusätzliche Mitglieder.

Verfahren

Der Arbeitskreis Energie & Umwelt wurde im Jahr 2010 auf einer Sitzung im Rathaus offiziell gegründet. Er ging aus einer Bürgerwerkstatt hervor, in der die Teilnehmer die Umsetzung der lokalen Energiewende als wichtiges Zukunftsthema für Weyarn definierten. Alle interessierten Bürger waren eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen. In einer der ersten Sitzungen des Arbeitskreises wurde ein Sprecher gewählt und das Leitbild diskutiert. Langfristiges Ziel des Arbeitskreises ist es, die Energieversorgung der Gemeinde aus 100% Erneuerbaren Energie bis 2025 zu realisieren. Im Arbeitskreis engagieren sich freiwillig um die 20 Personen. Als Sprachrohr für die Aktivitäten dient vor allem die lokale Monatszeitung *Unser Gmoblatt*'l.

Ergebnis

Konkrete Projekte umfassen u.a. die Durchführung einer Umfrage unter den Haushalten in Weyarn im Jahr 2010, um Hinweise auf die Energieversorgung wie die Eigenproduktion von erneuerbaren Energien zu gewinnen. Die gewonnenen Daten dienten als Grundlage für die Erarbeitung eines Energienutzungsplanes, der Ende 2013 den Weyarner Bürgern vorgestellt und als Basis für die Entwicklung von Handlungsmaßnahmen diente. Der Arbeitskreis hat ferner den Anstoß zum Aufbau eines Nahwärmenetzes im Ortskern gegeben und an der

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Entwicklung eines entsprechenden Konzeptes mitgewirkt. Er hat Informationen zum Thema Energiewende und erneuerbare Energien zusammen-getragen und Informationsveranstaltungen organisiert. Gleichfalls hat er die Idee eines Beteiligungsmodells zur Windkraft eingebracht und vorangetrieben.

Literaturhinweis

Weiterführende Informationen sind auf der Internetseite der Stadt einzusehen, unter: <http://www.weyarn.de/aktiv.htm> (Zuletzt eingesehen am 23.07.2015).

Informationen zur Arbeit der Arbeitskreise sind in der lokalen Monatszeitschrift Unser Gmoblattl online verfügbar, unter: <http://www.weyarn.de/gmoablattl.htm> (Zuletzt eingesehen am 23.07.2015).

Klee, Katja 2014, Von der Dorferneuerungsgemeinde zur Bürgergesellschaft. Der Weyarner Weg der Bürgerbeteiligung 1993-2014, Chronik Band VII, Eigenverlag der Gemeinde Weyarn.

Pelzer, Michael 2012, „Die Bürgerkommune Weyarn“, in: Beck, G. und C. Kropp (Hrsg.), *Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure?*, VS Verlag Stuttgart.

Schwarz, C. 2012, „Bürgergesellschaft. In Weyarn machen die Bürger Politik“, in: *WirtschaftsWoche* vom 12.02.2012.

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

BarCamp Renewables in Kassel

Ina Richter*

Hintergrund

Seit 2012 werden jährlich Bar Camps in Kassel durchgeführt. Als Diskussionsraum und zur Ideenfindung für jegliche Energiethemen trafen auch in 2014 Energieblogger, Unternehmensvertreter, Start-Ups, Verbände und Energieversorger aufeinander. In Kooperation mit dem Regionalmanagement Nordhessen (eine Vereinigung öffentlicher und wirtschaftlicher Partner) und einigen Bloggern wurde dieses Bar Camp organisiert. Eine Reihe von Sponsoren machten es möglich, vorrangig Unternehmen aus dem Bereich erneuerbarer Energien. Ziel eines Bar Camps, das u.a. auch als „Unkonferenz“ oder „Ad hoc Konferenz“ bezeichnet wird, ist es sich auszutauschen, zu vernetzen, neues Wissen zu erarbeiten und voneinander zu lernen.

Verfahren

In Kassel fand im September 2014 eine zweitägige Veranstaltung statt. Kommen konnte, wer wollte. Mehr als 100 Teilnehmer erwarteten die Organisatoren. Für die Veranstaltung gab es keine feste Agenda. Die Teilnehmenden bestimmten die Themenschwerpunkte selber und organisierten die jeweiligen Sitzungen eigenständig. Unter diesen Rahmenbedingungen formierten sich fast 40 inhaltlich verschiedene Sessions. Sie reichten von Information und Desinformation zur Energiewende, Finanzierung und Akzeptanz von Wind- und Solarenergieprojekten über Energieeffizienz, Elektromobilität, Speichertechnologien bis hin zu Finanzierungsfragen der Energiewende. Jeder Teilnehmer entschied selbst, in welche Themen er oder sie sich einbringen wollte. Die inhaltlichen Diskussionsrunden wurden – im Gegensatz zur Abschlussrunde – nicht moderiert.

Ergebnis

Die einzelnen Sessions wurden dokumentiert und über Inhalte in verschiedenen Social Media Kanälen berichtet, um die Informationsvermittlung und Vernetzung weiter voranzutreiben.

Literaturhinweis

Alle Dokumentationen und Berichte zum BarCamp Renewables 2014 online verfügbar unter: <http://bc.energieblogger.net/> (Zuletzt eingesehen am 22.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Beirat zur Geothermie im Kreis Groß-Gerau

Ina Richter*

Hintergrund

In Hessen werden seit 2007 Pläne zu einem neuen Projekt der Tiefengeothermie vorangebracht. Der Raum zwischen Groß-Gerau, Trebur, Nauheim und Rüsselsheim erweist sich als besonders geeignet für die Gewinnung von Erdwärme. Im Spätsommer 2011 erfolgten weitere seismische Messungen, um potentielle Standorte für Kraftwerke zu identifizieren. Standorte in sechs Gebieten kommen nach umfangreichen Untersuchungen für ein neues Kraftwerk der Tiefengeothermie in Frage. Um die betroffenen Bürger wie Interessengruppen frühzeitig in die Planungen zu Standorten und das ‚Wie‘ des Projektes einzubeziehen, initiierte der kommunale Energiedienstleister als Träger des Projektes noch vor Aufnahme des formellen Planungsverfahrens einen Beteiligungsprozess. Er wählte einen Dienstleister aus, der die Planung, Durchführung und Moderation des Verfahrens übernahm.

Verfahren

Im November 2012 nahm in Groß-Gerau das Beteiligungsverfahren seinen Auftakt. Ziel des Verfahrens war es, möglichst frühzeitig eine Breite an Menschen aus der Bevölkerung in die Planung des Geothermiekraftwerkes einzubeziehen und einen ergebnisoffenen Prozess durchzuführen. Im Kern ging es um die Vermittlung von Informationen sowie die Diskussion und Bewertung der jeweiligen Standorte. Der zukünftige Betreiber des Kraftwerkes gab an, die Ergebnisse als Grundlage für die Entscheidungen zum Geothermieprojekt im Kreis Groß-Gerau zu nehmen.

Der Beteiligungsprozess umfasste drei Elemente, um Interessengruppen wie Bürger einzubeziehen: Öffentliche Bürgerforen, ein Beirat zur Begleitung des Verfahrens sowie Anliegerworkshops. Letztere sollten durchgeführt werden, sofern sich der Betreiber für eine Weiterverfolgung des Projektes entscheidet. Eine Projektwebseite diente als Kommunikationsmittel, auf der sämtliche Informationen und Protokolle von Einzelveranstaltungen für die Öffentlichkeit zugänglich waren. Gleichfalls konnten hier Fragen gestellt und Antworten veröffentlicht werden.

Neben einer öffentlichen Auftaktveranstaltung fanden fünf öffentliche *Bürgerforen* statt, an denen im Schnitt um die 100 Bürger teilnahmen. Ziel der Foren war es, Informationen im Dialog mit Fachleuten und kommunalen Verantwortlichen zu vermitteln und Meinungen einzuholen. Themen der einzelnen Veranstaltungen waren Aspekte der Erdwärme in der Region, Umgang mit Risiken, Chancen wie auch Erfahrungen von Betroffenen. Zu letzterem Thema kamen Geothermie-kritische Bürgerinitiativen wie Betroffene aus anderen Regionen Deutschlands zur Diskussion hinzu. Die Auswahl der Referenten erfolgte dabei im Beirat. Interessierte konnten zudem an einer Exkursion zu einem Geothermiekraftwerk teilnehmen. In einer abschließenden Veranstaltung wurde eine Übersicht über die Arbeit in den Foren mit Positionen aus dem Beirat zusammengeführt.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Der *Beirat* bestand bis auf zwei Privatpersonen aus Gemeinde- und Interessenvertretern, z.B. aus dem Bereich Naturschutz und Landwirtschaft, aus Vertretern von Bürgerinitiativen, von wirtschaftlichen und kirchlichen Organisationen. Acht Teilnehmer wurden gezielt durch den Prozess-Dienstleister angefragt und weitere Teilnehmer wiederum durch diese identifiziert. Die Bevölkerung wurde auf dem ersten Forum entsprechend informiert. Um die 10 stimmberechtigten Beiratsmitglieder sowie Vertreter des Vorhabenträgers und Berater wohnten den jeweiligen Sitzungen bei. Je nach Themenschwerpunkt konnten Fachreferenten hinzugezogen werden. Aufgabe des Beirats war es, innerhalb von sechs Sitzungen die Meinungen und Interessen der Interessengruppen sowie der Bevölkerung (aus den Foren) aufzunehmen, zu reflektieren und anhand von thematischen Bereichen (bspw. Natur- und Flächenschutz, Nutzenoptimierung und Wertschöpfung, Risikobewertung, Information und Kommunikation) vertieft zu diskutieren. Auf dieser Grundlage sollte ein Schlussbericht erstellt werden, der Bewertungen und Forderungen der verschiedenen Beteiligten aufgreift und widerspiegelt.

Das dritte Beteiligungselement, *Anwohnerworkshops*, war für die Phase geplant, in der es um die Realisierung eines konkreten Projektes an einem Standort geht.

Ergebnis

Ergebnis des Beteiligungsverfahrens war ein Schlussbericht, der Forderungen in den Themenfeldern a) Natur-, Umwelt- und Flächenschutz, b) Nutzenoptimierung, Wertschöpfung und Wirtschaftlichkeit, c) Risikobewertung, Versicherung und Haftung und d) Information und Kommunikation enthält. Gleichfalls beinhaltete er eine Bewertung von vorgeschlagenen Eignungsgebieten. Der Bericht wurde auf einem Abschlussforum der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Projektträger hat angekündigt, die Ergebnisse und hier formulierten Empfehlungen als Basis für die weitere Planung und Entscheidung zu Fragen des ‚Ob‘, ‚Wie‘ und ‚Wo‘ eines zukünftigen Projektes zu nehmen.

Der Beirat ist auch nach Abschluss dieser ersten Phase weiterhin begleitend tätig. Die Anliegerworkshops sind für den Herbst 2015 geplant, nach Aufnahme des Genehmigungsverfahrens im April 2014 und der Genehmigung des Betriebsplans.

Literaturhinweis

Projektwebseite mit Protokollen und Dokumenten online verfügbar unter:
<http://dialoggeo.de/> (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

Weitere Angaben zum Projekt und Dialogverfahren sind online verfügbar unter:
<http://www.geothermie-trebur.de/aktuelles/> (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Bürgerbeirat „Bielefeld will’s wissen“ zum Klima- und Energiekonzept in Bielefeld

Ina Richter*

Hintergrund

Im September 2010 gründen Vertreter von politischen und Umweltschutzorganisationen sowie engagierten Bürgern das Aktionsbündnis „Bielefeld steigt aus“. Gefordert wurden die Umsetzung der Energiewende auf kommunaler Ebene und der damit in Verbindung stehende Atomausstieg der Stadtwerke bis 2018. Nach dem Reaktorunglück in Fukushima im März 2011 reagiert das Bündnis mit Mahnwachen und erhöhte damit den Druck auf die Stadt Bielefeld, auf die Forderungen zu reagieren. In einem Ratsbeschluss vom April 2011 wurde den Forderungen stattgegeben und der Ausstieg aus der Atomenergienutzung bis 2018 beschlossen. Ein umfassender Bürgerbeteiligungsprozess soll vor Verabschiedung des Energiekonzeptes durch den Rat der Stadt wie den Aufsichtsrat der Stadtwerke durchgeführt werden. Ziel war, das bisher erarbeitete Klima- und Energiekonzept der Stadt unter Einbezug der neuen Beschlüsse weiter zu entwickeln und Möglichkeiten für den Ausbau erneuerbarer Energien sowie Energieeinsparungspotentiale zu erörtern.

Verfahren

Da ein neues Konzept noch im selben Jahr im Aufsichtsrat der Stadtwerke beschlossen werden sollte, war der Zeitrahmen für die Beteiligung eng gesteckt (Juli-November 2011). In einer öffentlichen Auftaktveranstaltung wurden rund 400 Bürger über Klimaschutzziele und Energiekonzept der Stadtwerke informiert, die im Anschluss diskutiert werden. Vier weitere – gleich ablaufende - Veranstaltungen folgen in unterschiedlichen Stadtgebieten. Sie sollen Bürger informieren und zur Diskussion anregen. Ein Internetforum soll darüber hinaus den Ideenaustausch weiter fördern. Ein zusätzliches zielgruppenorientiertes Fachforum diskutierte das Energiekonzept mit etwa 80 Vertretern ansässiger Einrichtungen. Begleitet wird das Beteiligungsverfahren von einer Forschungsinitiative zur stärkeren Vernetzung, Bielefeld 2000plus. Sie führen zudem auch eine Befragung unter Studierenden durch, die insgesamt eine positive Haltung zur Energiewende und erneuerbaren Energien belegt.

Wesentlich für den Beteiligungsprozess war der begleitende Bürgerbeirat. Nach dem Zufallsprinzip (und Berücksichtigung der Kriterien Geschlecht, Alter, Stadtbezirk, Staatsangehörigkeit) wurden vom Amt für Statistik und Wahlforschung der Stadtverwaltung 500 Bürger aus dem Melderegister ausgewählt und um ihre Teilnahme als Mitglied des Beirats gebeten. Aus den Rückmeldungen wurden 22 Bürger ausgewählt, die nicht nur Teil des Prozesses, sondern über die beratende Funktion auch zum „unabhängigen Sprachrohr der Stadtbevölkerung“ wurden. Ein Beirat, der Ängste, Wünsche und Ideen der Bielefelder Bürger aufnimmt und in die Öffentlichkeit wie an Entscheidungsträger heranträgt. Ehrenamtlich widmeten sich die Beiratsmitglieder der Vermittlung von Grundlagen- und Fachwissen rund um die Energiewende, begleiteten die übrigen Veranstaltungen und führten zusätzlich eigene

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Arbeitstreffen durch. Sie setzen sich dabei mit verschiedenen Themen der Energieerzeugung wie der drei Bereiche Strom, Mobilität und Wärme auseinander. Im Anschluss an fachliche Impulsreferate wurde hier gesondert über die mögliche Weiterentwicklung des Energiekonzeptes diskutiert und ein Bericht dazu verfasst.

In einer Abschlussveranstaltung wurden die verschiedenen Stränge des Beteiligungsprozesses zusammengeführt und deren Ergebnisse vorgestellt.

Ergebnis

Im Ergebnis führte das Beteiligungsverfahren zu einer stärkeren Berücksichtigung bürgerschaftlichen Willens und organisierter Interessen. Durch einen stark informierenden Charakter wurden zwar Diskussionen beflügelt, ihre Ideen aber nicht grundsätzlich im Verfahren „frei“ weiterentwickelt. Schwierigkeiten des Verfahrens insgesamt waren die geringen Teilnehmer-zahlen bei Veranstaltungen und Foren. Die Ergebnisse wurden am Ende des Beteiligungs-verfahrens im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz des Stadtrates vorgestellt und diskutiert. Im Beschlussvorschlag wurde darauf hingewirkt, dass Empfehlungen des Beteiligungsprozesses sowohl Eingang in den Entwurf des Energiekonzeptes der Stadtwerke als auch in das Handlungsprogramm zum Klimaschutz der Stadt eingehen. Seitens der Stadt wurde im Nachgang diskutiert, den Energiebeirat als konsultatives Gremium weiterbestehen zu lassen; ein Vorschlag, der jedoch keine Stimmenmehrheit unter den Entscheidungsträgern erhielt.

Literaturhinweis

Ergebnisse des Bürgerbeirats. Kompaktdarstellung Handout. Online verfügbar unter: https://anwendungen.bielefeld.de/bi/to0050.asp?__ktonr=75510 (Zuletzt eingesehen am 26.05.2015).

Aktionsbündnis Bielefeld steigt aus: 2. Bielefelder Aufruf (16.10.2011). Online verfügbar unter: http://www.bielefeld-steigt-aus.de/11-10-16-2-_Bielefelder_Aufruf.pdf (Zuletzt eingesehen am 26.05.2015).

Beschlussvorlage der Verwaltung (18.11.2011): Gemeinsam zur Energiewende – Bielefeld will's wissen – Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses. Online verfügbar unter: https://anwendungen.bielefeld.de/bi/to0050.asp?__ktonr=75510 (Zuletzt eingesehen am 26.05.2015).

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 29.11.2011. Online verfügbar unter: https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Niederschrift_29_11_2011.pdf (Zuletzt eingesehen am 26.05.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Bürgerdialog mit Bürgergutachten zum Bioheizkraftwerk in Rottweil-Hausen

Ina Richter*

Hintergrund

In der Gemeinde Rottweil fand im Jahr 2005 ein Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung eines Bürgergutachtens zur zukünftigen nachhaltigen Energieversorgung im Stadtteil Hausen statt. Das Verfahren fand im Rahmen eines Forschungsprojektes der Universität Stuttgart zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung im Gebäudealtbestand statt.

In der Gemeinde Hausen gab es bereits seit den 1970er Jahren erste Erfahrungen mit der Blockheizkraftwerk-Technik. Die zuständigen Stadtwerke hatten weiterhin in den 1990er Jahren innovative Techniken zum Aufbau eines Nahwärmenetzes vorgesehen, waren jedoch am Versuch gescheitert, durch den Bau einer Holzvergasungsanlage neue Technologien zu etablieren. Technische Probleme, fehlende Transparenz führten in der Bevölkerung zu Vorbehalten gegenüber neuer Planungen. Im Zuge straßenbaulicher Maßnahmen im Stadtteil Hausen ergab sich 2004 die Option, die Frage der Nahwärmeversorgung erneut auf die politische Tagesordnung zu setzen. In diesem Kontext ergab sich die Zusammenarbeit mit einem Forschungsteam, das der Frage nach Chancen erneuerbarer Energien für die Wärmeversorgung im Gebäudealtbestand nachging. Die Wissenschaftler initiierten ein Beteiligungsverfahren im Stadtteil Hausen, das Bürger, Experten, Wissenschaftler wie Entscheidungsträger an einen Tisch brachte.

Verfahren

Das Beteiligungsverfahren fand zwischen November 2004 und Juli 2005 statt. Es umfasste Elemente der Bürgerinformation, öffentliche Diskussionsveranstaltungen sowie diskursive Beteiligungsformate. Ziel war es offen über die Energiezukunft der Kommune zu diskutieren, Informationen zu technischen Möglichkeiten sowie Bewertungen von zwei Optionen nach verschiedenen Kriterien zu erarbeiten. Finanziert und organisiert wurde das Verfahren durch die Förderung des Forschungsprojektes. Die Wissenschaftler übernahmen dabei zudem die Rolle der Moderatoren, die Versendung von Einladungen wie die Vorbereitung und Protokollierung der Veranstaltungen.

Über Bürgerumfragen zu Beginn und am Ende des Verfahrens wurden nicht nur fachlich-inhaltliche Aspekte erörtert, sondern auch die Bereitschaft der Bürger, an einem Bürgergutachten teilzunehmen, abgefragt. Aus einer Gruppe von insgesamt 29 Bürgern, die ihre prinzipielle Bereitschaft zur Teilnahme signalisiert hatten, wurden 12 Bürger unter den Gesichtspunkten Geschlechterrelation, polarisierte Meinungsbilder und teilweise via Zufallsauswahl für die Arbeitsgruppe ausgewählt. Diese hatte die Aufgabe, das Bürgergutachten zu erstellen. Jeder Teilnehmer erhielt eine Aufwandsentschädigung von 150€. Teilnehmer waren zudem der Vorsitzende des Ortsbeirates, Vertreter der Stadtwerke und punktuell der Themenstellung entsprechend wurden Landwirte und Betroffene hinzu-

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

gezogen. Die Arbeitsgruppe tagte einmal pro Monat. In acht Sitzungen, einer Klausurtagung und zusätzlichen Besichtigungsterminen verschiedener möglicher Technologien wurden Informationen zu verschiedenen technischen Optionen der Wärmeversorgung eingeholt. Zwei Optionen zukünftiger Energieversorgung kristallisierten sich früh heraus: Holzverbrennung und Biogasnutzung. In den Sitzungen wurden nun Bewertungskriterien für beide Technologien erarbeitet, die Rahmenbedingungen für den Ausbau der einen oder anderen Variante diskutiert, Interessensvertreter angehört und schließlich auf Grundlage der erarbeiteten Bewertungskriterien eine Handlungsempfehlung verschriftlicht.

Neben den Sitzungen der Arbeitsgruppe fanden Informationsveranstaltungen für die interessierte Öffentlichkeit statt. Sie dienten der Vorstellung und Diskussion von (Zwischen-) Ergebnissen aus der Arbeitsgruppe. Gleichfalls wurde hier in Rücksprache mit der Öffentlichkeit über anzuhörende Experten abgewogen und Diskussionsinhalte aus der Arbeitsgruppe rückgespiegelt.

Ergebnis

Im Bürgergutachten wird mit mehrheitlicher Stimme der Bau einer Biogasanlage empfohlen. Mittelfristig wird eine zusätzliche Holzverbrennungsanlage für die Strom- und Wärmeerzeugung im Gutachten empfohlen. Das Gutachten wurde den politischen Entscheidungsträgern auf der Abschlussveranstaltung überreicht. Ein Bioheizkraftwerk wurde 2008 in Betrieb genommen.

Literaturhinweis

Pfenning, U. und C. Benighaus 2008, „Partizipativer Wandel – methodischer Wandel: Neue und klassische Formen der Bürgerbeteiligung im Vergleich“, in: Vetter, A. (Hg.) *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Renn, O., Pfenning, U. und J. Deuschle, *Bürgergutachten zur zukünftigen nachhaltigen Energieversorgung in Hausen*. Projekt Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung im Gebäudealtbestand (N.E.E.G.A) . Online verfügbar unter: www.rottweil.de/ceasy/modules/core/resources/main.php5?id=781 (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de

Bürgerdialog mit Bürgergutachten „Energie auf neuen Wegen“ in vier deutschen Städten

Ina Richter*

Hintergrund

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) richtete seine Arbeit an der ‚Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie‘ als einen gemeinsamen Lernprozess aus. Dazu lud das Ministerium 2012 Experten und Interessensvertreter zu einer Reihe von Dialog- und Fachgesprächen ein. Aber nicht nur Fachleute waren angesprochen, auch Bürger erhielten die Möglichkeit, Meinungen und Anregungen zu äußern. Dafür fanden im August und September 2012 vier Bürgerdialoge statt, deren Diskussionen jeweils in einem Bürgergutachten mündeten. Neben dem Ziel, Bürger in Entscheidungsprozesse einzubinden, war mit den Prozessen auch die Idee verbunden, Einblicke in das Meinungsbild der Bürgerschaft zu erhalten.

Verfahren

Die vier Städte Passau, Frankfurt am Main, Dresden und Stade wurden als Vertreter von Beteiligungsorten in Nord, Süd, West und Ost und mit unterschiedlichen Einwohnerzahlen ausgewählt. Die Teilnehmer wurden zufällig nach den vorab festgelegten Kriterien Alter und Geschlecht aus dem Melderegister der jeweiligen Stadt und einen Aufruf über die Medien bestimmt. Zwischen 16 (in Frankfurt) und 27 Personen (in Stade) nahmen teil. Ziel war es, Hinweise und Ideen zu den Themen Energie und Verkehr aus der Bürgerschaft aufzunehmen, ein vertieftes Meinungsbild zu generieren und Wünsche wie Empfehlungen für die Arbeit der Bundesregierung aufzunehmen. Die Bürgerdialoge und die anschließende Erarbeitung des jeweiligen Bürgergutachtens verliefen in allen vier Städten nach gleichem Konzept.

Die jeweils ganztägigen Veranstaltungen wurde durch Grußworte einer Vertreterin des Ministeriums eröffnet. Ein „spielerischer“ thematischer Einstieg, bei dem sich die Teilnehmenden entlang einer Linie zu gestellten Fragen positionieren konnten, sollte die Gruppenatmosphäre lockern und erste Einblicke in die Ansichten und Vorstellungen der Bürgern geben. Zwei Themenblöcke („Herausforderungen an Verkehr und Energie“ & „Die Zukunft der Mobilität nachhaltig gestalten: Hürden und Bedingungen“) wurden mit einem jeweils zehnminütigen Vortrag eines Fachexperten eingeleitet. Daran anschließend fanden Diskussionen in Kleingruppen zu vorgegebenen Fragen oder Szenarien statt, deren Ergebnisse am Ende von den Teilnehmenden gewichtet werden konnten.

Ergebnis

In Frankfurt wurde bspw. der Gruppenprozess von den Teilnehmenden als sehr positiv bewertet. Insbesondere die angeregte Diskussion in freundlicher Atmosphäre und die professionelle Begleitung wurden hier genannt. Kritisch angemerkt wurde jedoch die Vorgabe der zu diskutierenden Fragestellungen und Szenarien sowie die Unsicherheit

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

darüber, ob die erarbeiteten Ergebnisse tatsächlich auch in die Entscheidungsfindung auf Bundesebene einfließen würden.

Der Verlauf und das jeweilige Ergebnis der Diskussion wurden in einem Bürgergutachten zusammengeführt, vom Moderatorenteam bearbeitet und mit den Teilnehmern abgestimmt. Ende 2012 ging das Gutachten an das BMVBS, um in der Strategieplanung Berücksichtigung zu finden. 2013 erstellte die Bundesregierung ihren Bericht zur Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie, die Bürgergutachten sind dort – im Vergleich zu den übrigen Einbindungsprozessen von Interessengruppen und Fachleuten – in einem kleinen Textstück erwähnt.

Literaturhinweis

Bürgergutachten zum Bürgerdialog „Energie auf neuen Wegen“ in Frankfurt, 25. August 2012, online verfügbar unter:

http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/mks-buergergutachten-frankfurt.pdf?__blob=publicationFile (Zuletzt eingesehen am 3.6.2015).

VCD; ADFC; BUND 2012, „Bürgerdialog des Bundesverkehrsministeriums „Energie auf neuen Wegen“ – Zwei VCD-Mitglieder aus Südhessen waren dabei“, in: *UmweltfairBund*, Das Magazin für Verkehr und Umwelt in der Region Starkenburg 20 (3), S. 10, online verfügbar unter: http://www.bund-darmstadt.de/d_pages/ufb/ufb3_2012.pdf (Zuletzt eingesehen am 3.6.2015).

BMVBS 2013, *Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS)*, online verfügbar unter: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/UI-MKS/mks-strategie-final.pdf?__blob=publicationFile (Zuletzt eingesehen am 3.6.2015).

*

Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Bürgerdialog zum Windpark Petkus in Baruth/Mark

Ina Richter*

Hintergrund

Obwohl sich die Stadtverordnetenversammlung vor Jahren gegen den Bau von Windkraftanlagen auf Gemeindegebiet ausgesprochen hatte, wuchs der politische Druck, sich erneut zu positionieren. Das Land Brandenburg sieht eine zweiprozentige Flächennutzung für Windenergie vor. Mit der Überarbeitung des Regionalplans Brandenburg und der Neuaufstellung des Teilplans „Windenergienutzung“ werden Suchgebiete um Baruth ausgewiesen. Damit die Planungen nicht aus der Hand gegeben werden, beabsichtigten die Stadtvertreter einen Bebauungsplan aufzustellen, der Suchräume ausweist. Parallel zu den Prozessen auf Stadtverwaltungsebene sprachen private Investoren vermehrt Landbesitzer im Gemeindegebiet auf die Möglichkeit der Verpachtung ihrer Eigentumsflächen für Windkraftanlagen an. Zunehmend unter Entscheidungsdruck stehend, bildeten sie schließlich eine Flächenbesitzergemeinschaft, um gemeinsam über einen geeigneten Investor zu entscheiden. Sie wählten ein Windunternehmen als Investor aus und regten ein Geschäftsmodell an, von dem nicht nur sie selbst, sondern auch andere Bürger profitieren könnten (z.B. via reduziertem Strompreis, Förderstiftung für lokale Strukturen und Maßnahmen). Einige in der Bürgerschaft verfolgten die Entwicklungen kritisch. Sie waren gegen den Bau von Windkraftanlagen und gründeten zu diesem Zweck eine Bürgerinitiative.

Verfahren

Das Beteiligungsverfahren zum Windpark Petkus kam im Jahre 2012 nicht durch einen offiziellen Auftrag aus der Verwaltung zustande, sondern durch ein Projektvorhaben zum Thema „Demokratie und Energiewende“, das aus Landes- und Bundesmitteln gefördert wurde. Die ausführende Organisation verfolgte mit dem Beteiligungsprozess das Ziel, a) die unterschiedlichen Akteure zum konstruktiven Dialog an einen Tisch zu bringen, b) umfassende Information zu ermöglichen und c) Gestaltungsspielräume im Dialog zu besprechen.

Das moderierte Verfahren war für alle Interessierten offen. Es nahmen neben betroffenen Bürgern der Stadt Baruth die Mitgliedern der Bürgerinitiative und der Flächenbesitzergemeinschaft wie auch Vertreter des Windenergieunternehmens, der Bürgermeister und behördliche Vertreter teil. Der Bürgerdialog sollte aus ursprünglich vier Einheiten bestehen: Einer Einwohnerversammlung, die vorrangig dazu diente, alle Beteiligten auf einen gleichen Informationsstand zu bringen und die allen Akteuren die Möglichkeit bot, ihre Perspektiven offen zu legen. Daran sollten drei Bürgerdialogrunden anschließen, um noch vorhandene Gestaltungsspielräume aufzudecken und zu diskutieren. Nur zwei dieser Dialogrunden fanden letztlich statt. Der dritte Dialog, bei dem die Entwicklung eines Bebauungsplans für das relevante Gebiet diskutiert werden sollte, wurde verschoben und viel damit nicht mehr in die Projektförderphase der umsetzenden Organisation. Eine Weiterführung des Verfahrens wurde von keiner anderen Seite veranlasst. Der Beteiligungsprozess wurde somit abgebrochen.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Ergebnis

Die Rahmenbedingungen waren zu Prozessbeginn bereits soweit festgelegt, dass sie kein ergebnisoffenes Verfahren mehr zuließen. Möglichkeiten der Mitsprache begrenzten sich nunmehr auf Anzahl und Ausdehnung der geplanten Anlagen. In der weiteren formellen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Teilflächennutzungsplan und Bebauungsplan „Windpark Petkus“ reichten Bürger ihre Bedenken und Meinungen in Form von Stellungnahmen ein.

Literaturhinweis

Impuls e.V. (Hg.) 2013, *Abschlussbericht zum Impuls-Pilotprojekt „Energiewende und Demokratie“*, online verfügbar unter: http://www.impuls.net/wp-content/uploads/2014/07/Impuls_Energiewende-und-Demokratie-2012_Abschlussbericht.pdf (Zuletzt eingesehen am 1.7.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de

Bürgerdialog zur Ostküstenleitung in Schleswig-Holstein

Ina Richter*

Hintergrund

Zur Umsetzung der Energiewende und dem damit verbunden Stromtransport wurde in Schleswig-Holstein der Neubau einer 380-kV Übertragungsleitung entlang der Ostküste wie auch der Westküste geplant. Drei Landesministerien, Verbände und zuständige Netzbetreiber hatten sich hierfür bereits im Herbst 2010 zu einer Netzentwicklungsinitiative zusammengeschlossen. Betroffene Kreise wurden 2011 zur Initiative eingeladen. Eine zusätzliche Vereinbarung zwischen Land, Netzbetreibern und den betroffenen Kreisen stützte den Wunsch nach einer Beschleunigung des Verfahrens. Mit ihr wurde - im Rahmen der Netzentwicklungsinitiative - eine möglichst frühzeitige Bürgerbeteiligung eingeplant, die eine breite Zustimmung für den Anlagenbau noch vor dem Planfeststellungsverfahren herbeiführen sollte und die formell vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der Raumordnung erweiterte.

Anders als bei der Westküstenleitung sind die Vorab-Planungen mit zeitlicher Verzögerung verlaufen. So wurden die Planungen wie bspw. die Durchführung einer Raumanalyse für beide Leitungen etwa zeitgleich gestartet, jedoch das weitere Verfahren im Jahr 2012 für die Ostküstenleitung verschoben. Grund dafür war, dass die Bundesnetzagentur die Leitung nicht als dringlich definierte und damit nicht bestätigt hat. Der notwendige Bedarf der Ostküstenleitung wurde im Jahresverlauf 2014 mit dem Netzentwicklungsplan 2013 bestätigt. Die 380 kV-Leitung soll vom Kreis Segeberg/Stormarn über den Raum Lübeck/Siems bis in den Raum Göhl Strom aus Wind- und Sonnenenergie zu zentralen Verbrauchszentren transportieren. Eine Verstärkung der bestehenden 220 kV-Leitung ist für den Bereich zwischen Raum Lübeck und Kreis Segeberg wie Raum Lübeck und Siems geplant. Die Netzverstärkung soll auch als Anbindung des Baltic-Cable aus Schweden an das deutsche Übertragungsnetz dienen. Von Infrastrukturprojekten ist die Region durch die geplante Fehmarnbeltquerung und Autobahnprojekte betroffen. Widerstand erhält das Leitungsprojekt durch Initiativen von Bürgern.

Die Beschleunigungsvereinbarung im Rahmen der Netzentwicklungsinitiative sah einen frühzeitigen Dialog mit betroffenen Bürgern wie auch Interessengruppen vor. Dieses Dialogverfahren wurde vom Energiewendeministerium Schleswig-Holsteins statt des formellen Raumordnungsverfahrens initiiert. Es fand entlang der drei Leitungsabschnitte statt. Ziel war es, eine Korridorvariante mit allen Beteiligten noch vor Aufnahme des formellen Genehmigungsverfahrens zu identifizieren. Basis der Diskussionen waren Korridorvarianten und potentielle Standorte für Umspannwerke, die im Vorfeld des Beteiligungsprozesses vom Vorhabenträger mittels einer Raumwiderstandsanalyse ermittelt wurden.

Verfahren

Das Verfahren hat einen ähnlichen Ablauf wie jenes zur Westküstenleitung. Es wurde von der gleichen Umweltorganisation moderiert und protokolliert. Die ersten Veranstaltungen für den

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Abschnitt 1 des Leitungsprojektes fanden im Herbst 2014 statt. Bis Mai 2015 folgten weitere Veranstaltungen entlang von Abschnitt 2.

Der Dialogprozess des Ministeriums fand im selben Design einmal an Abschnitt 1 und einmal an Abschnitt 2+3 statt. Dem Prozessdesign entsprechend startet das Verfahren jeweils mit einer Auftaktkonferenz, zu der alle Interessierten eingeladen wurden. Im Anschluss erhielten die zuständigen Bürgermeister und betroffenen Regionen weiterführende Informationen zum Leitungsvorhaben. Daran knüpfen sich Vor-Ort-Veranstaltungen als Bürgerdialoge an. Zur Einbindung fachlicher Expertise fanden weitere Fachdialoge statt, zu denen organisierte Interessengruppen, d.h. die Träger öffentlicher Belange, Vereine, Verbände und Initiativen, geladen werden. Bürger hatten auch die Möglichkeit, über den schriftlichen Weg Fragen zu stellen, Einwände und Anregungen zu übermitteln.

Die jeweils acht Bürgerdialoge waren als offene Abendveranstaltungen konzipiert. Zu diesen kamen entlang Abschnitt 1 zwischen 100 und 250 Bürger. Diese konnten gemeinsam mit Fachexperten wie dem Vorhabenträger zu Fragen verschiedener Korridorvarianten diskutieren. Themen bezogen sich auf mögliche Erdkabelvarianten, Gesundheitsrisiken, Planung und Bau, Aspekte von Entschädigungszahlungen wie auch politische Zielsetzungen. Im Dialog wurden Fragen aufgenommen, deren Beantwortung in den Ergebnisbericht einfließt. Da an dieser Stelle der Planung noch keine Details zur Diskussion stehen, gab es keine Klarheit über tatsächliche Betroffenheit.

Ergebnis

Die Ergebnisse des Dialogprozesses wurden von den zuständigen Behörden wie vom Übertragungsnetzbetreiber ausgewertet und auf einer Ergebniskonferenz in Form eines Berichtes vorgestellt. Der so ermittelte Vorzugskorridor wurde in die formelle Antragstellung zum Planungsverfahren eingebracht. Darauf aufbauend führt der Vorhabenträger für die jeweiligen Planungsabschnitte weitere Gespräche mit betroffenen Privatpersonen wie Gemeinden durch, um Varianten konkreter Leitungsverläufe zu diskutieren. Diese zweite Dialogphase wurde vom Vorhabenträger realisiert und vom Energiewendeministerium in Schleswig-Holstein unterstützt.

Literaturhinweis

Hübner, G. und C. Hahn 2013, *Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein*. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt, online verfügbar unter: <http://www.akzeptanz-offshore-windenergie.de/downloads/106/Forschungsbericht.pdf> (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

Weiterführende Informationen zum Verfahren wie auch Dokumentationen sind online verfügbar unter: <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/E/energiewende/dialogverfahren.html> (Zuletzt eingesehen am 30.11.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Bürgerforum Erneuerbare Energien in Wiesbaden

Ina Richter*

Hintergrund

Die Stadt Wiesbaden hat sich das Ziel 20-20-20 gesetzt: Bis 2020 20% des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu erzeugen und 20% Energie einzusparen. Die Bürger von Wiesbaden sollen einen wichtigen Beitrag leisten, um das gesetzte Ziel zu erreichen.

Gerade das Thema Windkraft hat in Wiesbaden und dem Taunuskreis für öffentliche Diskussionen gesorgt. Eine Bürgerinitiative gründete sich 2013 und machte vor allem gegen Windkraft auf dem Taunuskamm mobil. Das Thema Windkraft war im Sommer 2012 Gegenstand einer Befragung in Wiesbaden und dem Taunuskreis. Eine weitere Präsenz- und online-Befragung zum Thema erneuerbare Energien fand Ende 2013 in Wiesbaden statt. Hier ging es um die Bewertung des gesetzten 20-20-20 Ziels sowie das geplante Bürgerforum zur Energiewende in Wiesbaden. Das Ziel wurde deutlich bestätigt und die Idee eines Bürgerforums von 77,8 Prozent der Befragten begrüßt (sofern dieses ergebnisoffen durchgeführt würde). Die Umfrage fand in zeitlicher Nähe zum geplanten Bürgerforum statt und konnte so dazu beitragen, Teilnehmer zu gewinnen.

Anfang 2014 lud der Bürgermeister der Stadt Bürger zur gemeinsamen Diskussion zum Energie-Mix der Stadt ein. Thematisch standen dabei die vier Energieträger Solarenergie, Windenergie, Biomasse und Geothermie im Zentrum. Ziel des Bürgerforums war es, miteinander ins Gespräch zu kommen und eine konstruktive Zusammenarbeit auf den Weg zu bringen. Außerdem ging es darum, im Dialog offene Fragen mit Experten zu diskutieren und zu prüfen, Informationslücken zu schließen, Anregungen und Kommentare aufzunehmen und Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Der Bürgermeister sicherte zu, die Ergebnisse des Forums in den politischen Prozess zur lokalen Energiewende einzubringen.

Verfahren

Das Bürgerforum fand an zwei aufeinanderfolgenden Tagen statt und wurde durch einen externen Dienstleister moderiert. Am ersten Abend nahmen neben den Referenten etwa 260 Bürger teil. Der Abend wurde mit einem Begrüßungswort des Bürgermeisters eröffnet. Auf den drei verschiedenen thematischen Podien saßen Vertreter aus Politik und Verwaltung, aus Unternehmen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und von Ortsbeiräten. Sie lieferten Informationen zu den Themen Energiewende in Wiesbaden, Chancen und Risiken und zu Möglichkeiten der Teilhabe von Bürgern.

Der zweite Tag, ein Samstag, diente der vertiefenden Diskussion in Arbeitsgruppen. Hier nahmen etwa 100 Bürger an thematischen Workshops - zu Gesundheit und Lebensqualität, Arten- und Umweltschutz, Landschaftsbild und Denkmalpflege sowie technischen Risiken - mit Experten teil. Dabei stand in jedem Workshop ein Experte zu den Energieträgern Solar, Wind, Biomasse und Geothermie für Fragen und Antworten zur Verfügung. Fragen, Antworten und Anregungen wurden parallel protokolliert und in Form eines Dokumentes

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht. Dabei ging es u.a. um Potentiale von Biomasse, Photovoltaik und Solarthermie. Zur Windkraft kamen deutlich mehr Fragen als in allen anderen Bereichen auf – im Fokus standen Leistungs-Kostenanalysen von Windenergie und Wirtschaftlichkeitsaspekte, aber auch Risiken wie beispielsweise Waldschäden wurden benannt. Gleichfalls konnten die Beteiligten über die beiden Tage hinweg Ideen und Kommentare in die bereitgestellte Ideen-Box einwerfen, die ebenfalls in die Dokumentation des Forums einfließen. Bürger wünschen sich laut diesen u.a. eine Fortführung des begonnenen Dialoges oder eine weiterführende Thematisierung von Auswirkungen von Windrädern und Standortfragen.

Ergebnis

Das Ergebnis ist ein Abschlussdokument, in dem Fragen, Antworten und Handlungsvorschläge festgehalten sind. Der Bürgermeister kündigte in der Abschlussrunde an, derartige Bürgerforen auch zu anderen Themen wie Energiesparen und Energieeffizienz durchzuführen.

Literaturhinweis

Protokolle zum Bürgerforum, online verfügbar unter: <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/umwelt/stadtklima/veranstaltung.php> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Bürgerforum mit Bürgergutachten zur Endlagerfrage in Lutherstadt Wittenberg

Ina Richter*

Hintergrund

Das Bürgerforum wurde im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsvorhabens neben anderen Elementen der Informationsvermittlung, Diskussion und Partizipation durchgeführt. Es fand parallel zum Arbeitsprozess der vom Bundestag eingesetzten *Kommission Lagerung hoch radioaktiver Stoffe* statt.

Verfahren

Das Bürgerforum „Wohin mit unserem Atommüll?“ fand zwischen Januar und März 2015 in Lutherstadt Wittenberg statt. Teilnehmer waren 18 zufällig ausgewählte Bürger aus der gesamten Republik. Sie kamen aus großen Städten wie Berlin und Dortmund, aber auch kleineren Gemeinden. An zwei Wochenenden erörterten die Teilnehmer Fragestellungen rund um das Thema Atommüll.

Zunächst ging es im Verfahren darum einen gemeinsamen Wissensstand zu erarbeiten und Probleme zu erkennen. Dafür wurden Kurzvorträge gehalten. Sie thematisieren die Entwicklung der Debatte um die Atomkraft, Gefahren radioaktiver Stoffe, Vor- und Nachteile von Endlagerungsoptionen und dem gesellschaftlichem Umgang mit dem Prozess der Endlagersuche. Anwesend waren auch Vertreter der Endlager-Kommission und vom Bundesamt für Strahlenschutz.

In einem weiteren Schritt entwickelten die Teilnehmer selbst die Arbeitsagenda. Diskussionen fanden in den drei gebildeten Arbeitsfeldern statt, zu deren Themen die Beteiligten Ergebnisse formulierten. Eine Rückkopplung der Ergebnisse erfolgte anschließend mit dem Plenum. Die drei Arbeitsfelder gliederten sich in: Die Betrachtung des gesellschaftlichen Prozesses, den Umgang mit alternativen Optionen der Entsorgung und Fragen der Rückholbarkeit der Reststoffe. Gemeinsam diskutierten die Beteiligten Verfahrensmerkmale für den gesellschaftlichen Prozess zur Endlagersuche und hielten diese als Vorschläge fest. Darunter zählten neben der Vertrauensbildung und der Formulierung von Qualitätsmerkmalen die weitere Konkretisierung des Verfahrens der Endlagersuche, die Bildung eines Gremiums und die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Konsenses. Als Ziele hielten die Bürgergutachter außerdem die transparente Dokumentation der Lagerung und die Bildung einer zweckgebundenen Rücklage für ein Endlager mit Rückholbarkeit fest.

Ergebnis

In der dritten Sitzung des Bürgerforums formulierten die Beteiligten ein Bürgergutachten, in dem Ergebnisse der Diskussion und Empfehlungen zu allen drei Arbeitsfeldern dargelegt



Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

sind. Sie verabschiedeten im Konsens im März 2015 das Bürgergutachten und übergaben dieses dem Co-Vorsitzenden der *Endlager-Kommission*. Die Ergebnisse des Bürgergutachtens sollten in die inhaltliche Diskussion des ersten Bürgerdialogs der Endlager-Kommission im Juni 2015 einbezogen werden.

Literaturhinweis

Bürgergutachten. Bürgerforum: „Wohin mit unserem Atommüll?“, online verfügbar unter: www.bundestag.de/blob/365600/.../kmat_20-data.pdf (Zuletzt eingesehen am 31.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Bürgerforum zum Energie- und Klimakonzept der Stadt Viernheim

Ina Richter*

Hintergrund

Die Stadt wurde bereits 1994 für ihren Weg der nachhaltigen Stadtentwicklung und dem darin verankerten Energiefokus mit dem Brundtlandpreis Hessens ausgezeichnet. Viernheim ergriff in den folgenden Jahren weitere Maßnahmen zum Klimaschutz und erarbeitete in diesem Zuge 1996 auch ein Klimaschutzkonzept. Es folgten weitere Preise und Auszeichnungen, wie die Auszeichnung als Bundessieger Energiesparkommune und der 5. Platz in der Gesamtwertung des von der Deutschen Umwelthilfe ausgerufenen Wettbewerbs. Kommunaler Klimaschutz wird dabei vom Brundtlandbüro der Stadt organisiert und koordiniert.

Um gerade im Energiebereich weiter voranzukommen, hat die Stadtverordnetenversammlung 2011 den Beschluss zur Einrichtung eines Beteiligungsforums Energie und Klimaschutz (BFEK) gefasst. Dieses Forum ist ein Element des Beteiligungsprozesses, in dessen Rahmen das Energiekonzept für Viernheim aktualisiert werden sollte.

Verfahren

Zwischen September 2011 und März 2013 lud die Stadt Interessierte und auch ausgewählte Akteure der Stadtgesellschaft zur Teilnahme am Bürgerforum ein. 40 Personen folgten der Einladung zur Auftaktveranstaltung.

In den folgenden 1 ½ Jahren tagte das Beteiligungsforum insgesamt zwölf Mal. Jedes dieser moderierten Treffen dauerte etwa zwei bis drei Stunden. Auftakt und Abschluss fanden überwiegend im Plenum statt. Dazwischen verteilten sich die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen, die etwa je zehn Personen umfassten. Am Ende jeder Sitzung stellten diese ihre Ergebnisse dem gesamten Plenum vor.

Beim ersten Treffen wurden zunächst Themen gesammelt, die dann beim nächsten Treffen zweckmäßig kombiniert oder zusammengezogen wurden. Hier bildeten sich drei Arbeitsgruppen: a) Energiekonzept, b) Bildung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit und c) Erneuerbare Energien und Energiesystem. Neben der Präsentation von Zwischenergebnissen wurden in den Arbeitsgruppen Projektsteckbriefe zur Reflexion und Entwicklung konkreter Maßnahmen erarbeitet. Inhaltliche Unterstützung kam dafür von der Verwaltung.

Ergebnis

Als Ergebnis stand die Sammlung neuer Ideen, die Formulierung konkreter Maßnahmen und Entwicklung von Projektkonzepten. Konkrete Projektideen bezogen sich auf PV-Anlagen auf „fremden Dächern“, mehr Erdgasfahrzeuge, diverse Photovoltaik-Projekte auf Dächern der öffentlichen Hand oder auch die Auflage eines PV-Anlagen-Viernheim-Fonds.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Weitere Projekte fokussieren auf Klimaschutzinformationen für Migranten oder auch Projektstage Energie mit Jugendlichen als Zielgruppe.

Literaturhinweis

Brundtlandbüro Viernheim 2013, *Beteiligungsforum Energie und Klimaschutz Viernheim. Bericht zur ersten Projektphase*, online verfügbar unter:
http://www.viernheim.de/uploads/media/Bericht_zur_ersten_Projektphase_September_2011_bis_April_2013.pdf, (Zuletzt eingesehen am 22.07.2015).

Protokolle und Dokumentationen des Prozesses, online verfügbar unter:
<http://www.viernheim.de/unsere-stadt/umweltbauen/brundtland/buergerbeteiligungbrundtland.html>, (Zuletzt eingesehen am 22.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Bürgerforum zur Windkraft in Waldsolms

Ina Richter*

Hintergrund

Ende 2011 nahm die Obere Landesplanungsbehörde in Gießen das Verfahren zur Erarbeitung eines sachlichen Teilregionalplans Energie auf. Dabei spielt das Thema Windenergie eine wichtige Rolle und gab Anstoß für Kommunen, sich speziell mit der Frage nach Ausbaupotentialen zu befassen. Auf den Flächen der mittelhessischen Gemeinde Waldsolms sah der Entwurf des Teilregionalplans drei potentielle Standorte für Windenergie vor. Die Gemeindevertretung beschloss in ihrer Sitzung Anfang 2013 mit knapper Mehrheit, dass der Gemeindevorstand Verhandlungen mit interessierten Projektierern aufnehmen und das Jahr 2013 für entsprechende Voruntersuchungen nutzen sollte. Dabei galt es u.a. den Grundsatz nach einer angemessenen Beteiligung der Bürger zu wahren. Ein entsprechendes Interessenbekundungsverfahren zur Entwicklung der potentiellen Standorte wurde daraufhin eingeleitet und im Mai 2013 durch Abstimmung der Waldsolms' Gemeindevertretung ein Unternehmen für die Projektentwicklung bestimmt.

Die Planungen zur Windkraft auf Waldsolms' Boden blieben nicht ohne Kritik. Es formierte sich eine Bürgerinitiative, die gegen die Windenergiepläne in der Region mobil machte. Argumente gegen Windenergie umfassten u.a. Risiken für die Gesundheit, das Problem des Infraschalls und negative Auswirkungen auf Landschaft und Natur. Um die vorgebrachten Kritikpunkte aufzugreifen und hierzu mit den Bürgern der Gemeinde in den Dialog zu treten, organisierte die Gemeinde Waldsolms mit Unterstützung und Finanzierung der Hessen Agentur ein Bürgerforum.

Verfahren

Das Verfahren umfasste eine Abendveranstaltung am 25. Juni 2013, zu der alle Interessierten der Gemeinde Waldsolms wie der Nachbargemeinden geladen waren. Ziel der Veranstaltung war es, den Austausch zwischen Bürgern und kommunalen Entscheidungsträgern zu zwei konkreten Windenergiestandorten anzuregen, Fragen aufzunehmen und Informationen bezüglich des Planungsprozesses zu vermitteln. Dafür konnten im Vorfeld Fragen über die für das Forum eingerichtete Internetseite eingereicht werden. Neun Personen nutzen diese Gelegenheit und trugen 47 Fragen zusammen, die im Rahmen der Dialogrunde aufgegriffen wurden. Thematisch bezogen diese sich auf die Kategorien Naturschutz und Wald, Technik, Genehmigungsverfahren und Energiewende allgemein. Am Bürgerforum haben ca. 150 Bürger teilgenommen. Anwesend war auch der Bürgermeister und Experten für die Diskussion in kleinen Gruppen. Rede und Antwort standen Vertreter der Bürgerinitiative, des Landesministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der zuständigen Genehmigungsbehörde, eines Planungsbüros sowie von einem Windenergieunternehmen.

Die moderierte Veranstaltung bestand aus einer initialen Vortragsreihe und drei anschließenden, parallel stattfindenden Diskussionsrunden zu den Themen Energiewende,

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Technik und Genehmigungsverfahren sowie Naturschutz. Im abschließenden Plenum trugen die Leiter der Diskussionsrunden Erkenntnisse aus diesen zusammen. Die Bürger hatten hier Gelegenheit weitere Fragen zu stellen.

Ergebnis

Ergebnis der Veranstaltung war ein Protokoll, das den Verlauf und die Diskussionen aus der Veranstaltung widerspiegelt.

Wie die weiteren Entwicklungen zeigen, wurde Ende 2013 mit Messungen zur Windhöffigkeit und Wirtschaftlichkeit an den potentiellen Standorten begonnen und diese im Herbst 2014 abgeschlossen. Für einen der potentiellen Standorte kommt demnach eine Anlage in Frage. Die Planungen hierzu laufen im Jahr 2015 weiter.

Literaturhinweis

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2013, *Bürgerforum am 25. Juni 2013 in Waldsolms: Dokumentation*, online verfügbar unter: http://www.energieland.hessen.de/aktion/zukunftswerkstatt/waldsolms/EnHe_Dokumentation_Buergerforum_Waldsolms_FINAL.pdf (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Bürgerpanel zum Energie- und Klimaschutzkonzept in Viernheim

Ina Richter*

Hintergrund

Die Stadt wurde bereits 1994 für ihren Weg der nachhaltigen Stadtentwicklung und dem darin verankerten Energiefokus mit dem Brundtlandpreis Hessens ausgezeichnet. Viernheim ergriff in den folgenden Jahren weitere Maßnahmen zum Klimaschutz und erarbeitete in diesem Zuge 1996 auch ein Klimaschutzkonzept. Es folgten weitere Preise und Auszeichnungen, wie z.B. die Auszeichnung als Bundessieger Energiesparkommune und der 5. Platz in der Gesamtwertung des von der Deutschen Umwelthilfe ausgerufenen Wettbewerbs. Kommunaler Klimaschutz wird dabei vom Brundtlandbüro der Stadt organisiert und koordiniert.

Um gerade im Energiebereich weiter voranzukommen hat die Stadtverordnetenversammlung 2011 den Beschluss zur Einrichtung eines Beteiligungsforums Energie und Klimaschutz (BFEK) gefasst. Dieses Forum ist ein Element des Beteiligungsprozesses, in dessen Rahmen das Energiekonzept für Viernheim aktualisiert werden sollte. Im September 2011 lud die Stadt Interessierte und auch ausgewählte Akteure der Stadtgesellschaft ein, an der Auftaktveranstaltung teilzunehmen. Im Vorfeld dieser ersten Veranstaltung wurde ein Bürgerpanel durchgeführt, um Hinweise auf zentrale Themen- und Arbeitsschwerpunkte für den weiteren Prozess zu gewinnen.

Verfahren

In Viernheim werden wiederholt seit 2005 Befragungen im Rahmen eines Bürgerpanels zu verschiedenen Themenbereichen durchgeführt. Im Juni 2011 thematisierte die sechste Befragung den Bereich Energie und Klimaschutz. Dazu wurden 800 Bürger repräsentativ aus dem Melderegister ausgewählt. Sie bildeten die Stichprobe, wurden angeschrieben und um die Beantwortung einiger Fragen zum eigenen Klimaschutzhandeln, zur Nutzung oder Ablehnung bestimmter Maßnahmen und zu Kenntnissen über Einrichtungen, Initiativen und Maßnahmen der Stadt und anderer kommunaler Akteure gebeten. 310 Personen meldeten sich auf die Bitte um Teilnahme zurück. Teil des Panels waren auch jene Bürger, die bereits an den vergangenen Umfragen teilgenommen hatten. Hier belief sich die Rücklaufquote von den 478 angeschriebenen Bürgern auf 150 ausgefüllte Fragebögen. 18 Interessierte nutzten, zusätzlich zu den ausgelosten Teilnehmern, die Möglichkeit den Fragebogen via Internet im Rathaus einzureichen. Ein Forschungsinstitut unterstützte bei der Fragebogenerstellung und der anschließenden Auswertung der Antworten.

So zeigte sich bspw., dass der Hälfte der Befragten Energieberatungsangebote der Stadtwerke im eigenen Zuhause oder auch Maßnahmen der Stadt wie der Arbeitskreis Fotovoltaik nicht bekannt sind. Werden Energiesparmaßnahmen im eigenen Zuhause nicht umgesetzt, spielen in etwa der Hälfte der Fälle finanzielle Gründe eine Rolle. Als Themen, die beim Energie- und Klimaschutzkonzept eine große Rolle spielen, wurden solare Wärme, Sanierung von Altbauten und Radverkehr weit vorn gesehen.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Ergebnis

Die Ergebnisse der Befragung wurden seitens der Stadtverwaltung ausgearbeitet und im Newsletter der Stadt allen Interessierten zugänglich gemacht. Sie flossen zudem in das Bürgerforum zur Erarbeitung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes für Viernheim ein. Dieses Bürgerforum fand im Anschluss an die Befragung statt. Teilnehmer der Befragung wurden hierzu eingeladen. Das Forum diente dazu, Themenfelder im Bereich Energie und Klimaschutz zu identifizieren und Arbeitsschwerpunkte herauszufiltern, zu denen Arbeitsgruppen eingerichtet werden sollten.

Literaturhinweis

Bericht und Ergebnisse der Umfrage sind online verfügbar unter:
<http://www.viernheim.de/stadtverwaltung/buergerbefragungen/buergerpanel.html>
(Zuletzt eingesehen am 22.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Bürgerpanel zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept mit einem Schwerpunkt „Energetische Sanierung“ in Landsberg

Ina Richter*

Hintergrund

Im Jahr 2009 beschloss der Landsberger Stadtrat ein integriertes Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten. Dabei standen vor allem Aspekte der Zukunft des Einzelhandels im Fokus. Um hier eine Arbeitsgrundlage für die Formulierung von Leitbild, Zielstellungen und konkreten Maßnahmen zu schaffen, wurde eine Umfrage mit drei Teilgruppen aus der Bevölkerung durchgeführt. Eine dieser Gruppen umfasste die Bürger von Landsberg. Aus der Befragung leiteten sich sechs konkrete Handlungsfelder ab, von denen „Grün- und Freiraumkultur, Energie und Umwelt“ eines war. Diese Handlungsfelder dienten als Basis für zwei Bürgerabende im März 2011, zu denen auch die Stadträte und Verwaltungsvertreter geladen waren. Die Ergebnisse der Diskussionen sollten weiterführend zur Erarbeitung von konkreten Zielen in den Handlungsfeldern dienen. Wie eine Evaluation dieser beiden Abende zeigt, bildete die Teilnehmerstruktur kein repräsentatives Bild der Stadtbevölkerung ab (überrepräsentiert war die Gruppe der männlichen Teilnehmer sowie der 40-60 Jährigen).

Da die Stadt möglichst viele Bürger an der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes beteiligen und Erkenntnisse über partikulare Interessen hinaus gewinnen wollte, beschloss die Lenkungsgruppe zur Entwicklung des Konzeptes die Durchführung eines kommunalen Bürgerpanels. Inhaltlich lag ein Schwerpunkt der Befragung auf den Themen energetische Sanierung und Erneuerbare Energien. Gerade Landsberg verfügt über umfangreiche Konversionsflächen und eine gut erhaltene historische Bausubstanz.

Verfahren

Mit dem Panel verfolgt die Stadt das Ziel, die Ergebnisse der Bürgerabende durch verallgemeinerbare Erkenntnisse anzureichern sowie auch die Repräsentativität der Beteiligten und der Ergebnisse zu erhöhen. Gleichfalls war das Panel ein Test für eine potentiell langfristige Anwendung dieser Methode für Evaluationen komplexer Fragen im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes. Die Befragung wurde nur wenige Monate nach den beiden Bürgerabenden durchgeführt und mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet.

Die Befragung fand im Zeitraum 26.11.2011 bis 09.12.2011 mit einer Nachfrist bis 18.12.2011 statt. Für die Erarbeitung und Durchführung der Befragung, d.h. Zusammenstellung der repräsentativen Stichprobe, Erarbeitung des Fragebogens und Durchführung eines Pretests, wurde eine Agentur für Stadtentwicklung engagiert.

Aus Gründen der Repräsentativität wurde eine Stichprobe von 378 Personen anvisiert. Da in jeder Umfrage mit Ausfällen durch Nicht-Beantwortung zu rechnen ist, legten die Verantwortlichen eine effektive Stichprobe mit 750 Personen fest. Die Stichprobe war

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

weiterhin nach den Kriterien Geschlecht und Alterskohorten geschichtet. Für die Auswahl der Teilnehmer diente das örtliche Melderegister des Einwohnermeldeamtes. Alle Teilnehmer erhielten einen Fragebogen auf postalischem Wege, konnten ihre Angaben jedoch auch online einstellen. 207 der 750 angeschriebenen Personen nahmen letztlich an der Befragung teil. Gleichfalls konnten alle interessierten Bürger, die nicht in der Stichprobe aufgenommen waren, den Fragebogen online ausfüllen. Insgesamt nahmen 15 Personen diese Option wahr.

Inhaltlich ging es allgemein um das Interesse der Bürger für örtliche Politik und das Stadtentwicklungskonzept sowie speziell um Fragen zu den vormals identifizierten sechs Handlungsfeldern: Wohnen und Siedlungsstruktur, Wirtschaft/Innenstadt und Handel/Kultur, Gesundheit und Bildung, Verkehr und Mobilität, Grün- und Freiraumstruktur sowie Energie und Umwelt. Im Themenfeld Energie und energetische Sanierung wurde zum Stand der Sanierungsvorhaben, nach konkreten Energie- und Klimaschutzmaßnahmen von Privateigentümern, zum Zeitraum ihrer Umsetzung sowie zu Problemen bei der Realisierung von Sanierungsarbeiten gefragt. Befragt nach Windenergieanlagen auf Gemeindegebiet zeigten sich die Teilnehmer eher ablehnend.

Ergebnis

Die Ergebnisse der ersten Befragung, der beiden Bürgerabende und des Bürgerpanels waren in Form eines Katalogs mit Zielsetzungen in den sechs Handlungsfeldern zusammengestellt. Der Stadtrat erhielt diesen zur Beratung und Beschlussfindung. Ein weiteres Ergebnis der Befragung war die Registrierung von Kontaktadressen für Folgeveranstaltungen bzw. zukünftige Durchführungen von Panelbefragungen.

Literaturhinweis

Anderka, S. 2012, Das Landsberger Bürgerpanel. Eine Bürgerbefragung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Landsberg am Lech, online verfügbar unter:

[http://www.zukunftamlech.de/web.nsf/gfx/22E0C44F17E6B4CFC1257AEB004EA8B2/\\$file/Endfassung_Bu%CC%88rgerpanel_120611.pdf](http://www.zukunftamlech.de/web.nsf/gfx/22E0C44F17E6B4CFC1257AEB004EA8B2/$file/Endfassung_Bu%CC%88rgerpanel_120611.pdf) (Zuletzt eingesehen am 10.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Bürgertische zur Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung am integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept in Baden-Württemberg

Ina Richter*

Hintergrund

Verschiedene Ministerien des Landes Baden-Württemberg sowie diverse Sachverständige erarbeiteten einen Entwurf für ein integriertes Konzept, um die komplexen Energie- und Klimaherausforderungen im Land Baden-Württemberg anzugehen. Das Energie- und Klimakonzept sollte möglichst auf einer stabilen, gesellschaftlich akzeptierten Basis stehen. Deshalb beauftragte das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft einen Beteiligungsprozess mit Bürgern und Verbänden, im Rahmen dessen der bisherige Entwurf des Konzeptes kommentiert, ergänzt und bewertet werden sollte. Der Prozess fand zeitlich zwischen der Entwurfsentwicklung und der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung statt und war somit dem formellen Entscheidungsprozess vorangestellt. Ein Forscherteam der Uni Stuttgart begleitete und evaluierte das Verfahren. Neben einer Onlineplattform zur Meinungsäußerung und Verbändetischen, bei deren Treffen Fachleute und Interessengruppen diskutieren und den Entwurf ergänzen bzw. bewerten konnten, wurden Anfang des Jahres 2013 auch fünf Bürgertische abgehalten.

Verfahren

Vier Bürgertische waren thematisch geordnet und betrafen die Themen Stromversorgung, private Haushalte (2 Bürgertische) und Verkehr. Entgegen den Verbändetischen fanden die Bürgertische nicht allein in Stuttgart, sondern auch in Karlsruhe, Tübingen, Freiburg und Ravensburg statt. Jeder Bürgertisch bestand aus zwei Sitzungen, à dreieinhalb Stunden. Die Teilnehmer wurden via telefonische Zufallsauswahl ausgewählt. Damit beauftragt war das Meinungsforschungsinstitut TNS-Emnid. Jeder Bürgertisch sollte so vielfältig besetzt und auf etwa 25 Personen begrenzt sein. Letztlich wuchs die Anzahl bei einigen Tischen auf bis zu 35 Personen an. Externe Moderatoren leiteten die Diskussion an, in denen Maßnahmen aus dem Entwurfskonzept kritisch beurteilt und mit Änderungen und Anregungen kommentiert wurden. Die Empfehlungserarbeitungen sollte – so die Vorgabe – unter den folgenden Fragestellungen bearbeitet werden:

- Sind die Maßnahmen aus meiner Sicht sinnvoll oder gibt es andere?
- Stößt eine praktische Umsetzung auf unzumutbare Härten?
- Sollen Maßnahmen umformuliert werden?

Als Aufwandsentschädigung erhielten die Teilnehmenden pro Termin, je nach Anfahrtsweg, zwischen 60 und 100€. Ein fünfter zusätzlicher Bürgertisch war thematisch offen und auch nicht durch eine Zufallsauswahl, sondern durch eigene Bewerbung zur Teilnahme gekenn-

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

zeichnet. Da 400 Bewerbungen dafür eingingen, wurden per Los 50 Personen ausgewählt und in zwei Arbeitsgruppen eingeteilt. Alle Empfehlungsergebnisse wurden öffentlich gestellt und schließlich in zwei weiteren „Reflektionsitzungen“ mit jenen aus den Verbändetischen zusammengeführt. An diesen beiden moderierten Veranstaltungen nahmen jeweils ein bis zwei Vertreter der jeweiligen Tische teil, die durch die anderen Teilnehmer bestimmt wurden. Ziel dieser Sitzungen war es, einen gemeinsamen Empfehlungsbericht für die Landesregierung zu erarbeiten.

Ergebnis

Im Ergebnis entstanden Ergebnisberichte der Bürger- und Verbändetische, die der Landesregierung übergeben wurden. Darin sind Empfehlungen (von allen Teilnehmern getragene Aussagen) und Hinweise (von mindestens einem Teilnehmer vorgebrachte Aussagen, gegen die die anderen Teilnehmer nicht widersprachen) zum Entwurf des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes formuliert. Sie beziehen sich auf zehn verschiedene Kategorien wie bspw. "Umformulierungen, Konkretisierungen, Verknüpfungen" oder "Eigenmaßnahmen der öffentlichen Hand, Planungen, Forschungsförderung und Selbstverpflichtung". Positiv ist zu bewerten, dass das Ministerium den Prüfvorgang von Empfehlungen aus dem Beteiligungsprozess und Möglichkeiten ihrer Berücksichtigung im finalen Konzept öffentlich zur Verfügung stellte. Damit wurde Transparenz darüber geschaffen, wie mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung konkret weiterverfahren wird.

Insgesamt zeigt die wissenschaftliche Auswertung, dass die Tische von den Teilnehmenden als sehr positiv, anregend, gut begleitet und konstruktiv bewertet wurden. Negativ oder kritisch angemerkt wurden z.T. die niedrige Frauenquote, die zu kurze Zeitspanne und zu große Gruppen für eine intensive Diskussion und die teils unverständliche Maßnahmenformulierungen im Entwurfskonzept. Hinweise finden sich auf Hoffnungen, dass die Empfehlungen auch Anwendung finden.

Literaturhinweis

Informationsbroschüre online verfügbar unter: <http://www.beko.baden-wuerttemberg.de/sites/default/files/BEKO-Neue-Wege-Online.pdf> (Zuletzt eingesehen am 4.6.2015).

Ergebnis der Prüfung der Empfehlungen der Verbände und der Bürgerschaft zum Arbeitsentwurf des IEKK online verfügbar unter: http://www.beko.baden-wuerttemberg.de/sites/default/files/BEKO_Pruefergebnis.pdf (Zuletzt eingesehen am 4.6.2015).

Ergebnisse der Bürgertische, der Evaluationsbericht und Abschlussergebnisse sind online verfügbar unter: <http://www.beko.baden-wuerttemberg.de/ergebnisse> (Zuletzt eingesehen am 4.6.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Bürgerwerkstatt zum Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Kyritz

Ina Richter*

Hintergrund

Die Stadt Kyritz beauftragte im Herbst 2011 ein Ingenieurbüro für die erste Ausarbeitung von Empfehlungen für das städtische Klimaschutzkonzept auf Grundlage einer Energieproduktions-, Verbrauchs- und Potentialanalyse. Darin wurden 64 mögliche und fünf priorisierte Handlungsempfehlungen, wie beispielsweise die Nutzung von Windenergie und der Ausbau von Energieberatungsangeboten, aufgelistet.

Die Entwicklung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes wurde vom KlimaBeirat der Stadt begleitet. Um lokalen Sachverstand und weitere Interessen einzubinden, fand zur Konzeptabwägung und -erweiterung Ende 2012 ein Bürgerbeteiligungsprozess statt. Dieser wurde von einer externen Organisation mit Arbeitsschwerpunkt Bürgerbeteiligung im Rahmen eines von Bund und Land geförderten Projektes zur Weiterentwicklung demokratischer Prozesse in der Energiewende angestoßen, geplant und durchgeführt. Ziel des Bürgerdialoges war es, die vom Ingenieurbüro vorgeschlagenen Handlungsmaßnahmen weiter zu bearbeiten, ggf. um Vorschläge zu erweitern sowie auch zu vertiefen.

Verfahren

Das moderierte Verfahren begann im Spätsommer 2012 mit ersten Interviews des Moderations- und Beteiligungsteams vor Ort. Das geplante Verfahren fand über insgesamt sechs Wochen statt und umfasste drei Beteiligungselemente: Zum einen eine Bürgerversammlung im Rathaus, auf der die vom Ingenieurbüro erarbeiteten Ergebnisse vorgestellt und in Kleingruppen diskutiert wurden. Aus den 40 Teilnehmenden erklärten sich 15 Kyritzer Bürger bereit, gemeinsam eine Initiativgruppe zu bilden und im Rahmen von drei Abendveranstaltungen zentrale Themen weiter zu vertiefen, kontroverse Positionen abzuwägen und erste Lösungsansätze zu formulieren. Dabei ging es bspw. um Mitgestaltungsmöglichkeiten und Optionen finanzieller Teilhabe der Bürger beim Ausbau von erneuerbaren Energien. Die Ergebnisse der Gruppe gingen in die abschließende eintägige *Bürgerwerkstatt* ein, die an einem Samstag stattfand und für alle interessierten Bürger offen war. Auch Vertreter der Stadt nahmen daran teil. In vier sogenannten „Werkbänken“, als themenspezifische Arbeitsgruppen, wurden auf Basis der vorliegenden Ergebnisse des Beteiligungsprozesses Konzepte für einzelne Maßnahmen erarbeitet. Die Themen lauteten: Gesamtkonzept Erneuerbare Energien, Energieeinsparungen und Energieeffizienz, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit sowie Ausbau regionaler Strukturen. Die erarbeiteten Umsetzungsvorschläge wurden im Anschluss im Plenum vorgestellt, von allen im Rahmen eines Stimmungsbildes bewertet und Formulierung und Änderungswünsche im Klimaschutzkonzept gemeinsam abgestimmt.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Ergebnis

Die Vorschläge wurden von der Moderation zusammengefasst und als Empfehlungen der Stadtverwaltung zur Einarbeitung in den Entwurf des Klima- und Energiekonzeptes übergeben. Sie wurden im finalen Energie- und Klimaschutzkonzept an einigen Stellen als Empfehlungen aus dem Bürgerbeteiligungsverfahren kenntlich gemacht.

Im Rahmen der Bürgerwerkstatt äußerten Teilnehmer den Wunsch auch weiterhin den Umsetzungsprozess mitgestalten zu können. Der Verlauf zeigt, dass es ein weiteres Bürgertreffen mit Vertretern der Stadt gab, bei der sich verschiedene Arbeitsgruppen bildeten. Der weitere Verlauf zur Erarbeitung des Konzeptes zeigt auch, dass der Umgang mit dem Thema Windenergie im überarbeiteten Entwurf der Stadt kritische Stimmen hervorrief.

Literaturhinweis

Impuls e.V. (Hg.) 2012, *Dokumentation Bürgerwerkstatt zum Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Kyritz*, online verfügbar unter:
<https://www.kyritz.de/seite/123505/veranstaltungen.html> (Zuletzt eingesehen am 1.7.2015).

Die Protokolle und Dokumentationen der Veranstaltungen sind online einzusehen unter:
<https://www.kyritz.de/texte/seite.php?id=123505> (Zuletzt eingesehen am 1.7.2015).

Knopf, Axel 2013, „Kyritzer Stadtentwicklungsausschuss fordert eine Überarbeitung. Kritik am Klimakonzept“, in *Märkische Allgemeine*, 15.03.2013.

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Beteiligungsverfahren mit Bürgerworkshops zum Masterplan Energiewende Dortmund

Ina Richter*

Hintergrund

Im Mai 2012 beschloss der Rat der Stadt Dortmund die Erarbeitung eines Masterplans zur Koordinierung von Maßnahmen und Energiewendeprojekten. Als Technologie- und Innovationsstandort interessierte hierfür insbesondere die Frage, welche wirtschaftliche Relevanz die Energiewende für Dortmund haben wird. Die Erstellung des Masterplans war außerdem mit der Idee verknüpft, als Modellprojekt für andere Kommunen fungieren zu können. Ziel war es, in einem dialogorientierten Prozess Verständnis für und einen breiten Konsens über anstehende Veränderungsprozesse zu erlangen. Damit ging es einerseits um eine gemeinsame – von „unten“ ausgehende – Zukunftsgestaltung, andererseits auch um die Schaffung von Akzeptanz und die damit einhergehende Berechenbarkeit möglicher Reaktionen auf Veränderungsprozesse. Um das zu erreichen, sollten bereits bestehende Netzwerke und Debatten aufgegriffen, ihre Ideen weiterentwickelt werden und unter einer breiten Beteiligung der Öffentlichkeit Zukunftsvisionen für die Stadt Dortmund entstehen.

Verfahren

Die Laufzeit von etwas mehr als einem Jahr bot den zeitlichen Rahmen für einen intensiven und vielschichtig strukturierten Beteiligungsprozess zur Masterplanerstellung. Die Koordination des Prozesses oblag dem vom Verwaltungsvorstand der Stadt Dortmund benannten Kernteam (bestehend aus Mitarbeitern unterschiedlicher Verwaltungsbereiche). Der Gesamtprozess wurde zudem wissenschaftlich begleitet. Kernaufgaben der Wissenschaftler betrafen die Bündelung von identifizierten Schlüsselthemen und Erfolgskriterien, die Durchführung einer Umfeldanalyse, Beratung bei der Umsetzung sowie auch die Verschriftlichung des Masterplans. Die strukturelle Umsetzung lässt sich in drei Ebenen unterteilen. Ein diskursiver Beteiligungsprozess fand im Wesentlichen in fünf thematischen Arbeitsgruppen statt (Energie- und Energiewirtschaft, Ressourceneffizienz, Mobilität, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung, Fachkräftesicherung). Hier wurden Schwerpunktsetzungen, Visionen und Handlungsansätze von einem erweiterten Kreis von Interessenvertretern diskutiert und entwickelt. In einer stärker berichtenden Ebene wurden die entgegengenommenen Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen reflektiert, bewertet und priorisiert und vom Kernteam über einen Beirat (der sich aus 30 Interessenvertretern aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammensetzte) in die Entscheidungsebene (dem „Lenkungskreis“ mit 11 Vertretern aus Kommune, Wirtschaft und Wissenschaft) zur Beschlussfassung übergeben.

Die gezielte Beteiligung von Bürgern fand hauptsächlich in prozessbegleitenden Bürgerworkshops statt, die von einem externen Moderatorenteam geleitet wurden und an denen etwa 150 Menschen teilnahmen. Dadurch wurden die strukturell festgelegten Gremien und Arbeitsgruppen aufgebrochen und zusätzliche Beteiligungs- und Rückkopplungsebenen

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

geschaffen. Die Themen der Bürgerworkshops entstanden im Prozessverlauf der Arbeitspakete und betrafen die folgenden Problemstellungen: Energiearmut, Energiebildung, Ressourcen, Jugend, Integration und Alter. Dabei wurde das Thema Jugend im Rahmen eines Jugendforums diskutiert. Fragen nach Integration und Alter wurden mit Bürgern im Integrations- und Seniorenbeirat der Stadt Dortmund diskutiert. Zu den fünf Workshops kamen neben den Mitgliedern des Kernteams jeweils zwischen 18 und 46 Personen. Inhaltlich ging es um die Erörterung konkreter Maßnahmen. Unter dem Oberthema Ressourceneffizienz ging es so u.a. um ein Konzept für regionale Wertschöpfung oder die Darstellung der Ökobilanz via Produktionskette. Bei allen fünf Bürgerworkshops spielten die Themen ‚Werte‘ und ‚Ethik‘ eine große Rolle.

Insgesamt war der Prozess geöffnet und sollte zur Mitsprache Vieler animieren. Die gezielte Auswahl (auf Grundlage einer Akteursanalyse) und direkte Ansprache bestimmter Interessensvertreter durch den Bürgermeister und den Stadtrat zog eine verstärkte Teilnahme organisierter Interessen nach sich.

Ergebnis

Als Ergebnis der Bürgerworkshops standen breit diskutierte Maßnahmenvorschläge, die in Zielsetzungen und Handlungsempfehlungen mündeten. Diese wurden ebenso wie die Ergebnisse aus den anderen Arbeitspaketen in einem Beirat bestehend aus ca. 30 Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft diskutiert und priorisiert. Die Ergebnisse wurden dem Lenkungskreis zum Beschluss vorgelegt. Handlungsoptionen, die in den Workshops z.B. zur Sensibilisierung von Eltern und Kindern für Energiefragen entwickelt wurden, sind zudem konzeptionell in eine Bildungsinitiative eingeflossen.

Literaturhinweis

Rettenberg, F. (Koordination) 2014, *Masterplan Energiewende Dortmund*, online verfügbar unter:
http://www.dortmund.de/media/p/masterplan_energiewende_1/pdf_energiewende/Bericht_Masterplan_Energiewende.pdf (Zuletzt eingesehen am 26.05.2015).

Stadt Dortmund Drucksache Nr: 06685-12, online verfügbar unter:
[https://dosys01.digistattdo.de/dosys/gremrech.nsf/%28embAttOrg%29/61804FF9CAFDDA6BC12579C200447D55/\\$FILE/VorlageVG%2306685-12.doc.pdf?OpenElement](https://dosys01.digistattdo.de/dosys/gremrech.nsf/%28embAttOrg%29/61804FF9CAFDDA6BC12579C200447D55/$FILE/VorlageVG%2306685-12.doc.pdf?OpenElement) (Zuletzt eingesehen am 26.05.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Bürgerwerkstatt zum Teilflächennutzungsplan Windenergie in Weinheim

Ina Richter*

Hintergrund

Der Gemeinderat der Stadt Weinheim beschloss 2012 die Aufstellung eines Flächennutzungsplans für die Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie. Dieser Beschluss geht auf eine Änderung des Landesplanungsgesetzes zurück, wonach es im Regionalplan keine Ausschlussgebiete mehr geben soll. Da die Gemeinde bis 2012 keine Vorrangflächen für Windenergie ausgewiesen hatte, bot die Teilfortschreibung des Flächennutzungsplans die Möglichkeit eine Grundlage zur Steuerung von Windenergie-standorten zu schaffen. Gegen einige der potentiellen sechs Standorte im Gemeindegebiet machte eine Bürgerinitiative zum Zeitpunkt des Verfahrens mobil. Die Stadt initiierte 2012 einen erweiterten Bürgerdialog, um die Weinheimer ergänzend und noch vor Beginn des formellen Verfahrens zur Öffentlichkeitsbeteiligung in den Planungsprozess einzubinden. Ziel des Verfahrens war es, die Standpunkte der Teilnehmer herauszuarbeiten und zu diskutieren bzw. ein differenziertes Meinungsbild der Bürger zur Windkraft in Weinheim für den Stadtrat zu erarbeiten.

Verfahren

Der Bürgerdialog fand im Jahr 2013 statt und wurde von einem Beteiligungsdienstleister durchgeführt. Informationen und Hinweis zu den Veranstaltungen wurden über die regionale Presse vermittelt. Der Dialog bestand aus zwei Vor-Ort-Exkursionen und einer Bürgerwerkstatt. Insgesamt nahmen an den Exkursionen um die 100 Personen teil. Ziel der Vor-Ort-Ausflüge war es, potentielle Standorte für die Ausweisung von Eignungsflächen für Windenergie zu besichtigen und Vor- bzw. Nachteile der jeweiligen Standorte vor Ort mit Experten zu erörtern.

Die Ergebnisse der Exkursionen flossen in die ca. dreistündige Bürgerwerkstatt ein. An dieser nahmen um die 70 Bürger, Vertreter der Bürgerinitiative, der Stadt und aus Ämtern und Verwaltungen teil. In fünf Kleingruppen wurde zu den Themen Landschaftsbild/Erholung, Naturschutz, direkte Betroffenheit, Förderung der Energiewende und wirtschaftlicher Ertrag diskutiert. Damit sollten Grundlagen für eine spätere Entscheidung zu möglichen Konzentrationszonen Windenergie geschaffen werden. Zur Diskussion standen insgesamt sechs potentielle Standorte.

Ergebnis

Die Ergebnisse der Bürgerwerkstatt wurden dem Gemeinderat übergeben. Aus dem Sitzungsprotokoll des Gemeinderates vom 19. Juni 2013 geht hervor, dass die Ergebnisse des Bürgerdialoges und der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange diskutiert wurden. Der Gemeinderat entschied sich mehrheitlich dafür, das Verfahren zur Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes Windenergie vorerst nicht weiter zu verfolgen.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Literaturhinweis

Informationen der Stadt Weinheim zu Verfahrensschritten zum Bürgerdialog Windkraft, online verfügbar unter: http://www.weinheim.de/servlet/PB/menu/1407756_l1/index.html (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Beratungsergebnisse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 19. Juni 2013, online verfügbar unter: http://www.weinheim.de/servlet/PB/menu/1075075_l1/index.html (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Bürgerwerkstatt zur Fotovoltaik in Konstanz

Ina Richter*

Hintergrund

Mit der Initiative „ZukunftsWerkStadt“ förderte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 2012-2013 16 Kommunen für die (Weiter-)Entwicklung nachhaltiger Konzepte. Die Stadt Konstanz erhielt auf ihren Antrag einen Förderzuschlag von 245.000€, mit dem sie unter Federführung des Amtes für Stadtplanung und Umwelt und Zusammenarbeit mit lokalen Forschungseinrichtungen fünf Teilprojekte verwirklichte. Im Teilprojekt Solarstadt Konstanz sollten Bürger und Wissenschaftler gemeinsam Ideen für den Solarausbau der Stadt entwickeln. Zu dem Zweck wurde ein Ideenwettbewerb ausgerufen, durch den Bürger an der Ideenfindung und Konzeptionierung beteiligt, für das Thema Energiewende und vor allem Solarenergie sensibilisiert wie auch lokale Ortskenntnisse eingebunden werden sollten. Als Auftakt des Ideenwettbewerbs wurde eine Bürgerwerkstatt für alle interessierten Bürger durchgeführt. Das Teilprojekt wurde von einer Konstanzer Hochschule, den Stadtwerken Konstanz, dem Baudezernat und einem Forschungsinstitut für Solarenergie organisiert. Für die Gestaltung und Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Ideenwettbewerb wurde ein Unternehmen beauftragt.

Verfahren

An der Bürgerwerkstatt nahmen um die 70 Personen teil. An zwei Tagen im November 2012 konnten Bürger gemeinsam mit Wissenschaftlern und Studenten, Vertretern von Politik, Stadt, Wirtschaft und Wohnungsbaugesellschaften an Projektideen für die Förderung der Solarenergie in ihrer Stadt tüfteln.

Innerhalb der beiden Tage ging es zunächst darum, geeignete Flächen für Fotovoltaikanlagen auf Stadtgebiet zu identifizieren. Vorträge zu technischen Aspekten und Möglichkeiten zur Einbindung der Anlagen in bestehende Baustrukturen dominierten den ersten Tag. Am zweiten Tag wurden in Kleingruppen mögliche Standorte und erste Lösungsansätze diskutiert. Mittels einer Kartierungs-Methode entwickelten die Beteiligten zusammen einhundert Ideen. Mit der Aufgabe, ein Konzept für einen potentiellen Investor zu entwickeln, ging es im Anschluss an die Bürgerwerkstatt für über 20 Ideen in den Wettbewerb. Kleingruppen bestehend aus fünf Personen (Bürger, Wissenschaftler) sollten darin den Standort, gestalterische, wirtschaftliche, bauliche und rechtliche Aspekte erläutern. Unterstützt wurden sie in den Wochen der Erarbeitung von Studierenden.

Ergebnis

Eine Jury bestehend aus Konstanzer Bürgern, Vertretern der Hochschule Konstanz, der Photovoltaikbranche, der Stadtverwaltung wie der Stadtwerke Konstanz wählte im Januar 2013 Konzepte für die weitere Umsetzung aus. Unklar blieb an dieser Stelle jedoch, wie es mit der tatsächlichen Umsetzung weitergehen sollte.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Um die Projektideen letztlich weiterzuentwickeln und auch in die Realisierung zu bringen, gründete sich im April 2013 der Arbeitskreis “Solarstadt Konstanz“. Unterstützt durch und unter Federführung der Wissenschaftler der Hochschule treffen hier regelmäßig engagierte und ehrenamtlich tätige Bürger und Vertreter von Unternehmen aufeinander, die sich der Herausforderung – der Planung und tatsächlichen Umsetzung über einen längeren Zeitraum – annehmen.

Literaturhinweis

Zukunftswerkstatt Konstanz. Konstanzer schaffen Klima. Sonderbeilage des Südkurier Medienhauses vom 18.10.2012. Online verfügbar unter:
http://www.fona.de/mediathek/pdf/ZWS_Konstanz.pdf (Zuletzt eingesehen am 02.07.2015).

Weitere Informationen zum Arbeitskreis sind online verfügbar unter:
[http://www.energiewende.htwg-konstanz.de/projekte/projektliste-partner/projekt/news/arbeitskreis-solarstadt/?tx_news_pi1\[controller\]=News&tx_news_pi1\[action\]=detail&cHash=eac53d41d7e168cdc74ebd588f213b2a](http://www.energiewende.htwg-konstanz.de/projekte/projektliste-partner/projekt/news/arbeitskreis-solarstadt/?tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&cHash=eac53d41d7e168cdc74ebd588f213b2a) (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Charrette zur Stadt mit neuer Energie in Gräfenhainichen

Ina Richter*

Hintergrund

Die kleine Gemeinde Gräfenhainichen liegt in einer Region Sachsen-Anhalts, die durch die Schließung des Braunkohleabbaus von einem Strukturwandel erfasst wurde – Deindustrialisierung und Rückgang der Bevölkerungszahl sind hier nur zwei Entwicklungslinien, die die Stadtstruktur vor große Herausforderungen stellten. Um einen notwendigen Stadtumbau anzugehen und zu bewältigen, trat nach Beschluss von Bürgermeister und Stadtrat die Kommune 2002 beim Bundeswettbewerb „Stadtumbau Ost“ an und gewann den ersten Preis. Mit den hier zur Verfügung gestellten Mitteln wurde ein Planungs- und Beteiligungsprozess in Gang gesetzt, um mit den Bürgern, lokalen Experten und Unternehmen ein nachhaltiges Konzept für den Umbau der Stadt zu entwickeln.

Damit nahm ein Langzeitprozess seinen Auftakt, der bis heute andauert. Die Entwicklung und Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) fand in zwei Phasen (eine bis 2005, eine weitere bis 2010) statt. Im Zentrum der weiteren Überarbeitungen im Jahr 2010 stand der Schwerpunkt energetische Sanierung. Das Energiethema brachten letztlich die Bürger wie auch Akteure aus dem Stadtrat ein. Hier lag durch die traditionelle Nähe zur Braunkohle in der Region umfassendes Expertenwissen zu Energiefragen vor. Die Aufnahme von Gräfenhainichen in das EXWOST-Bundesmodellprojekt „Energetische Stadterneuerung“ (des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung) stärkte diesen Fokus zusätzlich.

Für die Fortschreibung des SEK beauftragte die Stadt ein interdisziplinäres Team, das bereits die Fortschreibung des SEK 2005 vorbereitet und geleitet hat. Wie in der ersten Phase bis 2005 wurde wiederholt ein breites Beteiligungsverfahren mit Planern, Experten, Unternehmen, der Stadtverwaltung wie interessierten Bürgern initiiert.

Verfahren

Ein interdisziplinäres Team leitete den Beteiligungsprozess zwischen März und Dezember 2010. Ziel war es, das SEK so fortzuschreiben, dass der Stadtumbau unter energetischen Gesichtspunkten erfolgte; das umfasste einen Umbau der Energiewirtschaft sowie eine Veränderung und Aufwertung des bestehenden Baubestandes. Dabei ging es einerseits um die Prüfung und Änderung von Maßnahmen, die im SEK 2005 festgelegt waren, und die Identifizierung und Priorisierung weiterer Projektideen. Neben konkreten Maßnahmen sollten längerfristige Strategien für den Stadtumbau ausgearbeitet werden.

Das Planungsteam griff für das Beteiligungsverfahren auf die Charrette-Methode zurück. Am Prozess waren interessierte Bürger von Gräfenhainichen, die Stadtverwaltung und speziell der Bauausschuss, die Wohnungsgesellschaften wie Unternehmen und die von der Stadt gegründeten Wärme- und Energiegesellschaft und Planungsbüros beteiligt. Das Kernteam bestand vor allem aus Fachexperten und Interessengruppen. Deren Ansprache erfolgte über einen Ideenwettbewerb und das Schneeballprinzip. Noch bevor die erste Veranstaltung stattfand, wurden Gespräche mit zentralen Akteuren für den Stadtumbau geführt. Im Rahmen einer Stadtbegehung mit dem Bürgermeister, Verwaltungsmitarbeitern, Planern und

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

interessierten Bürgern standen Probleme wie Potentiale der städtischen Infrastruktur vor Ort zur Diskussion.

Daran knüpften sich drei Charrettephasen an. Die *erste Charrettephase* war als Stadtforum organisiert. Bei der öffentlichen Veranstaltung standen Ziele und Schwerpunkte des Stadtumbaus im Mittelpunkt. Als erstes Ergebnis wurden Anregungen und Kritik von den Teilnehmern aufgenommen. Die *zweite Charrettephase* fand in Form von öffentlichen Beratungen zur Entwicklung von Projektideen und weiterführenden Diskussion im Bauausschuss des Stadtrates statt. Thema der Planungsberatung war einerseits die Analyse von Statistiken und Bilanzen wie beispielsweise zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung, zur Entwicklung von Abriss- und Leerstand. Andererseits wurden Kernthemen der Stadtentwicklung mit wichtigen Akteuren zum Stadtumbau wie auch Vertretern von Wohnungsunternehmen und der Energiewirtschaft erörtert. Auch interessierte Bürger konnten hier teilnehmen. Das Ergebnis dieser Phase war eine erste Liste von Ideen und konkreten Projektvorschlägen – insgesamt kamen um die 40 zusammen. Transparenz über Planungsstand und erste Zwischenergebnisse schaffte in dieser Phase eine Webseite für die Öffentlichkeit. Die *dritte Charrettephase* umfasste mehrere Aktionstage im Rahmen einer Stadtumbauwoche. Ziel war die öffentliche Ausarbeitung des SEKs. Auch in dieser Phase waren Bürger zur Mitgestaltung angesprochen. Während der Stadtumbauwoche wurde zudem ein Infopunkt Energie und eine frei zugängliche Informationsstelle für die Öffentlichkeit eingeweiht.

Die letzte Phase des Beteiligungs- und Planungsprozesses galt der Entwurfsvorlage und Diskussion im Stadtrat. Ziel war es, weitere kritische Punkte aufzunehmen und auf dieser Basis eine finale Fassung zu erstellen.

Ergebnis

Ergebnis des Beteiligungsprozesses war der Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes „Energetische Stadterneuerung 2020+“, den der Stadtrat im Dezember 2010 erhielt und kurz darauf beschloss. Darin ist u.a. eine Prioritätenliste für Projekte, die kurz-, mittel- und langfristig umzusetzen sind, dargelegt.

Literaturhinweis

Unterlagen und Ergebnisberichte aus dem Prozess zum Stadtentwicklungskonzept sind online verfügbar unter: <http://stadt-mit-neuer-energie.de/?p=33> (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

Kegler, H., ARGE Neue Energie 2009, „Energieorientiertes Stadterneuerungsprojekt – Stadtentwicklungsplan Gräfenhainichen“, in F. v. Borries und M. Böttger (Hg.), *Updating Germany – 100 Projekte für eine bessere Zukunft* (Architekturbiennale Venedig 2008), Ostfildern, S. 121-123.

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Dialogforum zur Windenergie im Swisttal

Ina Richter*

Hintergrund

Bereits 1998 waren in der Gemeinde Swisttal Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Flächennutzungsplan ausgewiesen. Da sich in der Zwischenzeit jedoch Bauordnungen für Windkraftanlagen verändert hatten, sollte 2013 der Flächennutzungsplan erneuert werden. Die Gemeinde beabsichtigte mit der Ausweisung von Vorrangflächen den Ausbau der Windkraft zu steuern und gleichzeitig durch die Bestimmung von Anzahl, Höhe und konkretem Standort auch auf privaten Flächen zu begrenzen. Im Rahmen der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Beschlussfassung des Teilflächennutzungsplanes Windenergie äußerten Bürger Kritik und Vorbehalte gegen die Flächenausweisung und sammelten Unterschriften gegen Windenergieprojekte. Daraufhin entschloss sich der Gemeinderat dazu, Bürger zusätzlich im Rahmen eines informellen Dialogverfahrens in den Entscheidungsprozess einzubinden.

Verfahren

In Absprache mit der Geschäftsstelle ‚Dialog schafft Zukunft – Fortschritt durch Akzeptanz NRW‘ organisierte die Gemeinde zwei Dialogforen, in denen Bürger weitreichende Informationen erhalten und mitdiskutieren sollten. Neben rechtlichen, Planungs- und Entwicklungsfragen zum Anlagenbau ging es vor allem um die Erörterung von Fragen der Bürger. Zu den moderierten Veranstaltungen wurde öffentlich eingeladen. In der ersten Veranstaltung (am 5.9.2013) hielten Experten Kurzvorträge über ausgewiesene Themen, die anschließend von den Teilnehmenden in Kleingruppen vertiefend diskutiert wurden. Fragen der Bürger bezogen sich u.a. auf Möglichkeiten der finanziellen Teilhabe und Befürchtungen, dass diese zur „Akzeptanzbeschaffung“ instrumentalisiert würde. Auch der Umgang mit Mindestabständen nach bayrischem Vorbild wurde thematisiert. Die zweite Dialogveranstaltung (19.9.2013) diente der Nachbereitung und der Ergänzung offen gebliebener Antworten.

Ergebnis

Die Dokumentation der Dialogrunden und die Zusammenfassung von eingegangenen Fragen standen im Anschluss an das Verfahren auf der Internetseite der Stadt zur Verfügung. Die Anregungen wurden dem Planungsausschuss der Gemeinde vorgelegt. Im weiteren Verlauf des Planungsprozesses riss die Kritik der Bürger(Initiative) nicht ab. Die Gemeinde sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, die Bürger erst dann zu beteiligen, wenn keine Alternativen mehr möglich sind und mit informierenden Veranstaltungen auf deren Akzeptanz zu hoffen.

Letztlich fanden wichtige Entscheidungen zum Windkraftanlagenbau in Swisttal außerhalb der Gemeindeebene statt: Die Bezirksregierung Köln lehnte zunächst den entstandenen Teilflächennutzungsplan aus Gründen mangelnder Information zu Umweltbelangen ab und genehmigte dann – während in Swisttal nachgebessert wird – eine bereits 2005 beantragte Genehmigung für den Bau von Windkraftanlagen außerhalb der erarbeiteten Vorrangflächen. Die Gemeinde klagte gegen dieses Vorgehen.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Literaturhinweis

Hinweise zum Dialogverfahren sind einzusehen unter:

<http://www.swisttal.de/index.php?menuid=125> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Saxler-Schmidt, G. 2014, Windenergie in Swisttal. Swisttal verliert in erster Instanz. General-Anzeiger vom 21.3.2015, online verfügbar unter: <http://www.general-anzeiger-bonn.de/region/rhein-sieg-kreis/swisttal/swisttal-verliert-in-erster-instanz-article1593706.html> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Saxler-Schmidt, G. 2014, Gemeinde Swisttal klagt. Rat legte Zonen für Windkraft fest. General-Anzeiger vom 18.12.2014, online verfügbar unter: <http://www.general-anzeiger-bonn.de/region/rhein-sieg-kreis/swisttal/rat-legte-zonen-fuer-windkraft-fest-article1520923.html> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Saxler-Schmidt, G. 2014,: Windenergie in Swistal. Konzentrationszonen: Gemeinde muss nachbessern. General-Anzeiger vom 01.05.2014, online verfügbar unter: <http://www.general-anzeiger-bonn.de/region/rhein-sieg-kreis/swisttal/rat-legte-zonen-fuer-windkraft-fest-article1520923.html> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Dialogverfahren zur Westküstenleitung in Schleswig-Holstein

Ina Richter*

Hintergrund

Zur Umsetzung der Energiewende und dem damit verbunden Stromtransport wurde in Schleswig-Holstein der Neubau einer 380-kV Übertragungsleitung entlang der Westküste geplant. Drei Landesministerien, Verbände und zuständige Netzbetreiber hatten sich hierfür bereits im Herbst 2010 zu einer Netzentwicklungsinitiative zusammengeschlossen. Betroffene Kreise wurden 2011 zur Initiative eingeladen. Eine zusätzliche Vereinbarung zwischen Land, Netzbetreibern und den betroffenen Kreisen stützte den Wunsch nach einer Beschleunigung des Verfahrens. Mit ihr wurde - im Rahmen der Netzentwicklungsinitiative - eine möglichst frühzeitige Bürgerbeteiligung eingeplant, die eine breite Zustimmung für den Anlagenbau noch vor dem Planfeststellungsverfahren herbeiführen sollte und die formell vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung im Zuge der Raumordnung erweiterte.

Einerseits begleiteten Bürgerinitiativen den Planungsprozess, die dem Leitungsprojekt kritisch gegenüber standen. Zentrale Forderungen der Bürgerinitiativen bezogen sich u.a. auf technische Alternativen wie Erdkabel. Aber auch das Beteiligungsverfahren selber stand im Fokus der Kritik. Auf der anderen Seite standen Bürger, die in Windenergie investiert und sich für den Neubau von Übertragungsleitungen zum Abtransport aussprachen.

Verfahren

Das Landesministerium für Energie, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR) und die betroffenen Landkreise initiierten ein auf Dialog ausgerichtetes Beteiligungsverfahren, wobei das Ministerium das Verfahren steuerte. Die Landkreise organisierten den Bürgerdialog, für deren Moderation eine Umweltorganisation beauftragt wurde. Zum Auftakt des Verfahrens stellte der zuständige Übertragungsnetzbetreiber 2011 im Rahmen von zwei *Regionalkonferenzen* erste Korridorvarianten vor, die sich aus Voruntersuchungen verschiedener Planungsbüros ergaben. In den darauf folgenden zehn lokal durchgeführten Bürgerdialogen und fünf Fachdialogen bezüglich der beiden Abschnitte 3 und 4 sollten Bürger frühzeitig informiert werden, auf Augenhöhe diskutieren und Meinungen, Hinweise und Empfehlungen für einen möglichen Korridorverlauf zusammenzutragen. Zweck des Verfahrens war es, zunächst einen weitgehend akzeptierten Vorzugskorridor und im späteren Verlauf eine Vorzugstrasse als Basis für die weitere Planfeststellung zu identifizieren.

An den Bürgerdialogen in den betroffenen Ortschaften nahmen jeweils zwischen 80 und 220 Personen teil, darunter auch bereits gegründete Bürgerinitiativen. Anwesend waren zudem die zuständigen Bürgermeister sowie Vertreter von zuständigen Ämtern und Behörden und des Übertragungsnetzbetreibers. Im Format des Runden Tisches ging es um den Austausch von Fragen, Informationen und Anregungen. Die Arbeit an Karten unterstützte dabei aktiv den Erörterungsprozess. Anregungen der Teilnehmer wurden schriftlich protokolliert und visualisiert. Im Ergebnisbericht wurde zu vorgebrachten Fragen und Anregungen aus dem

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Dialogverfahren Stellung genommen. Ähnlich verliefen auch die Fachdialoge, an denen Vertreter von Interessengruppen und Bürgervertreter teilnahmen. Hier ging es auf einer Podiumsdiskussion mit Experten zunächst um besonders kritische Themen. Anschließend durften Bürger und Initiativen Fragen und Anregungen einbringen.

Ergebnis

Ihren Abschluss fand diese erste Phase des Dialogprozesses mit einer *Abschlusskonferenz* im Oktober 2013, auf der der Übertragungsnetzbetreiber den ermittelten Vorzugskorridor vorstellte. Den Diskussionsverlauf in den einzelnen Veranstaltungen spiegelte ein Abschlussbericht wieder. Hier fanden auch die vielen Fragen und Antworten der Bürger ihren Platz.

Für den weiteren Planungsverlauf richtete der Übertragungsnetzbetreiber ein Bürgerbüro ein.

Literaturhinweise

Bauer, E. 2013, „Die 380 kV-Westküstentrasse. Nordfriesland und Dithmarschen. Mit den Bürgern – zum Gemeinwohl?“, in *Die Maueranker*, Heft 1-2, S. 4-13.

Harsen, D. 2013, *Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Stromnetze – aus dem Blickwinkel des Kreises Nordfriesland*, in eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2013 vom 22.10.2013.

Hirschfeld, M. und B. Heidrich 2013, „Die Bedeutung regionaler Governance-Prozesse für den Ausbau des Höchstspannungsnetzes“, in Britta Klagge, Cora Arbach (Hrsg.) *Governance-Prozesse für erneuerbare Energien*, Arbeitsberichte der ARL 5, S. 94-113.

Hübner, G. und C.Hahn 2013, *Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein*. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt, online verfügbar unter: <http://www.akzeptanz-offshore-windenergie.de> (Zuletzt eingesehen am 27.07.2015).

Leibrandt, B. 2013, „Energiewende und Bürgerbeteiligung – aus dem Blickwinkel eines regionalen Bürgerbündnisses“, in: *eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2013* vom 22.10.2013.

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Energiebeirat zur Energiewende in Wettenberg

Ina Richter*

Hintergrund

Energie ist in der Gemeinde Wettenberg schon lange ein wichtiges Thema. Bereits in den 1980er Jahren gab es erstes Engagement zu Energiefragen. Eine Neubelebung erfuhr dieser Ansatz in den 1990er Jahren im Rahmen des Lokale Agenda 21 Prozesses in Wettenberg, in dem sich fünf Arbeitsgruppen mit Ziel- und Maßnahmenentwicklung für eine zukunftsfähige und nachhaltige Kommune beschäftigten. Als Ergebnis stand u.a. der Beschluss einen Energiebeirat zu gründen.

Verfahren

Der Energiebeirat wurde im Mai 2000 von 13 Personen gegründet, darunter Gemeindefunktionäre wie dem Bürgermeister, Vertreter von Unternehmen wie bspw. den Stadtwerken Gießen und lokalen Energieversorgern, Mitarbeiter der Technischen Hochschule Mittelhessen und fachkundige Bürger wie bspw. Handwerker und Architekten und Mitglieder der Wettenberger Agendagruppe. In ihrer ehrenamtlichen Arbeit bringen die Mitglieder Expertise aus ihrer beruflichen Erfahrung ein. Ziel ist es, Energie- und Klimaschutzziele und konkrete Maßnahmen voranzubringen und nicht nur Bürgern, sondern auch der Gemeinde selbst beratend und unterstützend zur Seite zu stehen. Dafür gibt es keine regelmäßigen Mitgliedertreffen. Vielmehr kommt der Beirat zusammen, wenn Projekte oder Fragen anstehen, neue Ideen vorangebracht werden sollen. Finanziert werden die Umsetzungsmaßnahmen durch den Verwaltungshaushalt zum Klimaschutz und zur Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Wettenberg.

Ergebnis

Im Ergebnis konnten mit Hilfe des Energiebeirates schon einige klimaschützende und energiesparende Maßnahmen in Wettenberg umgesetzt werden. Dazu zählt einerseits Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu Energiefragen durch Informationsveranstaltungen und -broschüren und Energieexkursionen. Durch Beratungen konnte auch auf Gemeindefunktionären der Energieverbrauch reduziert werden. Eine Demonstrationsolaranlage wurde im lokalen Kindergarten aufgebaut, die Bürger über Möglichkeiten der heimischen Solarnutzung informieren soll. Außerdem wurden ein kommunaler Klimaschutzpreis und ein Bonussystem eingerichtet, bei dem ein zinsfreies Darlehen für klimaeffiziente und ökologische Bauprojekte vergeben wird, wenn diese über den Standard der Energieeinsparungsverordnung hinausgehen.

Literaturhinweis

Angaben zum Energiebeirat sind online verfügbar unter:
<http://www.wettenberg.de/umwelt/energiebeirat.html> (Zuletzt eingesehen am 21.01.2016).

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

http://kommunen.klimaschutz.de/fileadmin/difu_upload/praxisbeispiel/Gemeinde_Wettenberg.pdf (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Junggeburth, D., Spreter, S., Monix C. und Deutsche Umwelthilfe (Redaktion) 2009, *Kleine Kommunen groß im Klimaschutz*, hrsg. v. Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutsche Umwelthilfe, online verfügbar unter http://www.coaching-kommunaler-klimaschutz.net/fileadmin/inhalte/Dokumente/StarterSet/DUH_Doku_Klimaschutzkommune2009.pdf (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de**

Ideenwerkstatt zur Energiewende in der Region Ems-Weser-Elbe

Ina Richter*

Hintergrund

Das „Forum Energiewende“ wurde 2014 von einem kommunalen Energieversorgungsunternehmen als Plattform eingerichtet, die Bürgern die Möglichkeit gibt Ideen und Anregungen zur regionalen Realisierung der Energiewende einzubringen, zu diskutieren und möglichst umzusetzen. In neun Ideenwerkstätten, die unter dem Motto „Der Norden packt’s an!“ in unterschiedlichen Gemeinden Nord-Niedersachsens abgehalten wurden, diskutierten Interessierte und Experten konkrete Ideenvorschläge vom mobilen Wärmespeicher, über umweltfreundliche Mobilität bis hin zur Energiebildung an Schulen. In den anschließend stattfindenden Projektbörsen wurden von einer Kommission - bestehend aus Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Bereiche - Projekte aus den jeweiligen Ideenwerkstätten ausgewählt und vorgestellt. Hier lag der Fokus darauf, Mitstreiter (mit fachlicher Expertise) für die Umsetzung der Projekte zu finden.

Verfahren

In Wittmund fand die erste der neun Ideenwerkstätten am 27.3.2014 statt. Sie waren als etwa dreistündige Abendveranstaltungen konzipiert. Ein externes Moderationsteam leitete durch die öffentliche Veranstaltung. Fachwissen wurde für die Teilnahme nicht vorausgesetzt. Etwa 20 Bürger hatten sich dafür angemeldet und diskutierten mitgebrachte Ideen in Kleingruppen. Grenzen bezüglich Handlungsoptionen bestanden für die Phase der Ideenfindung nicht. Alle Einfälle seien willkommen, wenn sich nicht von vornherein zeige, dass eine Umsetzung unmöglich sei - so die Aussage des Energieunternehmens.

Ergebnis

Ergebnis der Ideenwerkstatt waren zunächst Ideen-Poster für mögliche Umsetzungsprojekte in der Region. Die diskutierten Ideen wurden im Anschluss von einem pro Werkstatt zusammengestellten regionalen Auswahlteam begutachtet und auf ihr Potential für die Umsetzung der Energiewende in der Region bewertet. Das Auswahlteam bestand aus ca. fünf Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Erfolgsversprechende Ideen kamen im Anschluss an die Veranstaltungen in eine Ideen-Börse, die auf der Webseite des Forums einsehbar war. Dort galt es Partner zur Umsetzung konkreter Projektideen zu finden und ein Umsetzungsteam zu gründen. Ein Projekt aus dem Verfahren in Wittmund befindet sich bspw. in der Umsetzung. Hier wurde an mobilen Wärmespeichern gearbeitet, die Abwärme einer Biogasanlage aufnehmen und zu anderen Nutzern (Haushalte) transportieren, um sie dort einzuspeisen.



Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Literaturhinweis

Informationen zu den einzelnen Ideenwerkstätten, dem Konzept und den Umsetzungsprojekten sind online verfügbar unter: <http://www.der-norden-packts-an.de> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de

Kontaktgruppe zur Hochspannungsleitung zwischen Kupferzell und Rot am See

Ina Richter*

Hintergrund

In der Region Kupferzell und Rot am See wird der Neubau einer 110-kV Hochspannungsleitung geplant. Der Netzbetreiber bezog Bürger aktiv in den Prozess des Planungs- und Genehmigungsverfahrens ein und zwar auf unterschiedlichen Wegen: Kommunikation fand über die Presse, eine Internetseite, mittels Informationsveranstaltungen und Bürgersprechstunden statt. Außerdem wurde eine Kontaktgruppe gegründet.

Verfahren

Mit der Gruppe sollte lokales Wissen eingebettet, der Prozess transparenter gemacht und Konflikte identifiziert werden. Akzeptanzgewinnung und Planungsoptimierung wurden ebenso als Ziele genannt.

Aus Gründen der Handlungsfähigkeit und Praktikabilität wurde die Anzahl der Teilnehmenden in der Kontaktgruppe auf 16 Personen begrenzt. Die Auswahl ihrer Mitglieder erfolgte über zwei Wege. Zum einen sollten Interessensvertreter mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten dazugehören. Information über die Möglichkeit der Teilnahme in der Kontaktgruppe fand mittels der Presse, das Internet und persönliche Gespräche ihre Verbreitung. Die Organisatoren baten dabei um eine Interessenbekundung zur Teilnahme am Verfahren, die auch den thematischen Schwerpunkt der jeweiligen Person mit angibt. Über ein Losverfahren wurde im Anschluss zu verschiedenen Themenbereichen je eine Person ausgewählt. Folgende Themenfelder waren vertreten: Naturschutz, Umweltschutz, Forst, Kultur, Landwirtschaft, Mensch, Landschaft und Tourismus, Wirtschaft. Auffällig ist, dass trotz bereits etablierter Protestgruppen kein Mitglied einer Bürgerinitiative Teil der Gruppe wurde. In das Verfahren involviert waren jedoch vier Bürgermeister.

Ein zweites Auswahlverfahren bezog sich auf acht zufällig ausgewählte Bürger. Auch hierbei ging es zunächst um die Vermittlung von Informationen in der betroffenen Bevölkerung. Über einen telefonischen Zufallskontakt wurden die Personen zunächst detaillierter informiert und dann um eine Entscheidung bezüglich der Teilnahme oder Nichtteilnahme am Beteiligungsverfahren in einem vereinbarten Folgetelefonat gebeten. Das Auswahlverfahren ermittelte letztlich acht Bürger, die in der Kontaktgruppe Platz nahmen.

Die Kontaktgruppe diskutierte und beriet sich mit Unterstützung eines Moderationsteams in acht Sitzungen über die verschiedenen Themen und Schwierigkeiten des Leitungsausbaus. Alle Diskussionen wurden an die Presse und in die Öffentlichkeit rückgespiegelt. Außerdem konnten Gäste als Zuhörer an den Sitzungen teilnehmen.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Ergebnis

Als Ergebnis standen gemeinsam erarbeitete und verabschiedete Empfehlungen. Für einen Beschluss mussten mindestens $\frac{1}{4}$ der Kontaktgruppenmitglieder anwesend sein, so die Regel. Im Anschluss wurden die Empfehlungen vom Moderationsteam systematisiert und an den Netzbetreiber übergeben. Dieser verpflichtete sich transparent darzustellen, welche Empfehlungen aufgegriffen werden und welche nicht. Auch Meinungsverschiedenheiten sollten dargestellt werden.

Der Netzbetreiber übergab die Ergebnisse zur weiteren Berücksichtigung dem zuständigen Regierungspräsidium.

Literaturhinweise

Informationen zum Konzept, Sitzungsprotokolle sind online verfügbar unter:
<https://www.netze-bw.de/unternehmen/aktuelles-und-projekte/netzausbauplan-2014-aktuelle-110-kv-projekte/rot-am-see/index.html> (Zuletzt eingesehen am 25.09.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Mediation zur Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz

Ina Richter*

Hintergrund

Die Oberpfalz ist ein geographisch geeigneter Standort für die Nutzung von Erdwärme. Im Jahr 2007 wurde hier ein erstes Geothermiewerk in Betrieb genommen. Zwei Jahre später ereignete sich ein Erdbeben, das laut einer Expertenkommission der Landesregierung auf die Aktivitäten des Werkes zurückgeführt werden konnte. Vor diesem Hintergrund entzündete sich eine öffentliche Debatte um die Ursachen und Auswirkungen der Förderung von Erdwärme. Weil weitere Standorte für neue Geothermiewerke im Gespräch waren, gründeten sich mehrere Bürgerinitiativen gegen die Erdwärmenutzung.

Am Vorabend der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz entschloss sich die Landesregierung ein Mediationsverfahren zu initiieren. Dieses nahm zu Beginn des Jahres 2011 seinen Auftakt. Im Vorfeld führten die Mediatoren Hintergrundgespräche mit den Konfliktparteien, den Bürgerinitiativen und betroffenen Geothermieunternehmen.

Verfahren

Das Konzept zum Verfahren sah zwei Mediationsebenen vor: Eine übergreifende Mediation, in der standortunabhängige Fragen diskutiert wurden, und lokale Mediationsgespräche an Konfliktstandorten. Eine standortspezifische Mediation scheiterte jedoch nach mehreren Versuchen. Hier lief bereits das Genehmigungsverfahren und die Positionen schienen festgefahren.

Das Ziel des Mediationsverfahrens wurde einerseits im Rahmen der Suche nach einer ausführenden Organisation für das Verfahren von der Landesregierung vorgegeben, dann aber vom Mediationsteam weiterentwickelt. Beabsichtigt war ein „ergebnisoffenes, transparentes und konstruktives Verfahren“, das Informationen zusammenträgt und verbreitet, ökologische Risiken ausmacht und einen Grundlagenkatalog zur Abwägung bei einer Entscheidungsfindung zu neuen Standorten zusammenstellt. Im Konzept war ausdrücklich nicht nur die Diskussion um Standortalternativen, sondern ebenso die Nicht-Weiterverfolgung eines Projektes verankert.

In der Konzeption des Verfahrens wurden Vertreter der Konfliktparteien (Bürgerinitiativen und Unternehmen), politische Entscheidungsträger wie drei neutrale Akteure unterschiedlich eingebunden. Das Design des Verfahrens bestand aus einem inneren Dialogkreis für die Konfliktparteien und neutrale Akteure mit Rederecht. Hier nahmen nach direkter Ansprache 37 Personen Platz. Im äußeren Kreis saßen eigeninitiativ Vertreter der Standortkommunen, von Behörden und weitere interessierte Teilnehmer. Sie hatten kein Rederecht und konnten nur auf Wunsch das Wort erteilt bekommen. Zum Verfahren waren auch Medienvertreter als Beobachter zugelassen. Die Mediationsgruppe tagte insgesamt achtmal zwischen Januar 2011 und März 2012.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Eine Leitlinie für die Sitzungsthemen wurde vom Mediationsteam ausgearbeitet, die im Zuge des Verfahrens gemeinsam diskutiert und modifiziert wurde. Die Behandlung von Einzelthemen erfolgte mit Struktur: So wurde zunächst vom Mediationsbüro eine Zusammenstellung von Fragen und Positionen zu Oberthemen erarbeitet. Nach Diskussion und Anpassung dieser Liste in der Mediationsgruppe wurden externe Experten zur Diskussion hinzugezogen. Anschließend wurde das Thema in einer nicht-öffentlichen Sitzung der Arbeitsgruppe weiter vertieft. Auch in diesem Rahmen konnte ein Experte zur Klärung weiterer Fragen hinzugezogen werden. In den insgesamt sechs Arbeitsgruppensitzungen wurde das Ergebnispapier erarbeitet, wobei es hier um jedes Wort ging. Dieses Dokument wurde in der letzten Sitzung der Mediationsgruppe diskutiert und letztlich ohne Änderungen angenommen.

Das Verfahren hat insgesamt mehr Zeit eingenommen als zu Beginn geplant war.

Ergebnis

Das Ergebnis des Mediationsverfahrens war ein Abschlussbericht sowie ein Dokument mit Empfehlungen und Anforderungen an Rahmenbedingungen, nach welchen Projekte der Tiefengeothermie akzeptanzwürdig sind. So werden Anforderungen an Technik und Betrieb wie auch behördliche Verfahren zur Standortsuche und erweiterten Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung formuliert. Der Bericht richtete sich an die Landesregierung wie -behörden und Betreiber von geplanten wie zukünftigen Geothermiekraftwerken. Ein Konsens über eine Grundeinstellung zu Geothermie in der Region konnte nicht erreicht werden. Im Abschlussdokument sind so auch die divergierenden Meinungen zur Geothermie festgehalten. Die Mediationsrunde wurde nach Abschluss des Mediationsverfahrens in ein neu gegründetes Geothermie-Forum überführt, um offen gebliebene Diskussionen und den begonnenen Dialog zwischen den Konfliktparteien kontinuierlich weiterzuführen.

Literaturhinweis

Ewen, C., Knappstein, Y. und J. Ziekow 2012, „Mediation Tiefe Geothermie Vorderpfalz - mühsam und erfolgreich“, in *Die Wirtschaftsmediation* 2, 27-31.

Ewen, C. 2014, *Tiefe Geothermie Vorderpfalz. Ein vom Land Rheinland-Pfalz initiiertes Verfahren zur Konfliktlösung*, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz, Abteilung 4 - Innovation, online verfügbar unter: <http://www.mwkel.rlp.de/Wirtschaft/Rohstoffwirtschaft,-Geologie/Mediation-Tiefe-Geothermie-Vorderpfalz/> (Zuletzt eingesehen am 27.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de**

Mediation zur Windkraft in Lautertal

Ina Richter*

Hintergrund

Die Gemeinde Lautertal hat in ihrem Beschluss im März 2012 die Windenergienutzung auf der Gemarkung Lautertal prinzipiell befürwortet. Nach ersten Bürgerversammlungen zum Thema Windenergie sowie fachlichen Voruntersuchungen zur Windhöflichkeit übergab die örtliche Bürgerinitiative gegen Windenergieanlagen in Lautertal dem Gemeinderat knapp 2000 gesammelte Unterschriften gegen Windparkplanungen. Auch unter den politischen Fraktionen herrscht Uneinigkeit. Vor dem Hintergrund dieser zunehmenden Spaltung der Gemeinde schlugen der Bürgermeister und die Gemeindevertretervorsitzende Ende des Jahres 2013 vor, ein Mediationsverfahren einzuleiten. Das Verfahren wurde vom Landesprogramm „Bürgerforum Energieland Hessen“ getragen und finanziert. Mit der Umsetzung war die Hessen Agentur (eine Dienstleistungsgesellschaft des Landes) betraut, die einen Dienstleister für die Durchführung beauftragte. Ziel war es, einen Grundsatzbeschluss zur Windkraft in Lautertal zu entwickeln. Dafür sollte u.a. die zentrale Frage nach dem Ob und Wie der Beteiligung von Bürgern an der Windenergie geklärt und entsprechende Empfehlungen erarbeitet werden. Zudem sollen Informationen zu Themen wie Abstandsregelungen aufgearbeitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Verfahren

Das Verfahren umfasse drei Veranstaltungen im Format des Runden Tisches. Die Veranstaltungen wurden moderiert und fanden innerhalb eines viertel Jahres statt. Neben dem Bürgermeister, Gemeinde- und Fraktionsvertretern, Ortsbeiräten, einem Planungsbüro, einem Sachverständigen für Vogelschutz und dem Energieversorgerunternehmen waren auch Vertreter zweier Bürgerinitiativen anwesend, die sich vor Ort im Zuge der Diskussion um den Windkraftanlagenbau gebildet hatten. Beim ersten Treffen des Runden Tisches einigten sich Gegner und Befürworter der Windkraft u.a. auf die Prüfung bisheriger Informationen (auch für eine öffentlichkeitswirksame Internetseite) und eine neue Visualisierung zur Einordnung möglicher Windparkplanungen in das Landschaftsbild. Im Zuge der ersten Sitzung wurden außerdem Einigungen zu Verfahrensregeln getroffen. Um die Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, sollte die Gruppe von 30 auf etwa 20 Teilnehmer verkleinert werden. Die Auswahl wurde ausgewogen, entlang der unterschiedlichen Interessen und in Absprache mit dem Dienstleister für die Durchführung des Verfahrens vorgenommen. Außerdem einigte sich die Gruppe darauf, intensiv mit Experten zusammenzuarbeiten. Diese sollten zwar fachliche Informationen zur Verfügung stellen, aber nicht an den Entscheidungen beteiligt sein. Welche Personen ihre Expertise einbringen sollten, wurde von der Gruppe gemeinsam entschieden.

In den nachfolgenden beiden Runden Tischen wurden nicht nur Informationen zu durchgeführten Messungen, Planungsschritten und -regelungen vertieft, naturschutzfachliche Erkenntnisse wie noch fehlende Informationen zusammengetragen, sondern auch über ein mögliches Bürgervotum entschieden. Dieses sollte dazu dienen, die Bürger in die Entscheidung um die Windkraft im Lautertal einzubeziehen.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Ergebnis

Als Ergebnis des Beteiligungsprozesses steht zum einen die sachliche Klärung vieler fachlicher Informationen für alle Interessengruppen. Die Runden Tische enden mit der Entscheidung, dass – wenn es sich rechtlich genehmigen lässt – die Bürger über den Windkraftanlagenbau entscheiden sollen.

Im Nachgang des Beteiligungsverfahrens wurden Anträge der CDU, die Ergebnisse der Runden Tische zeitnah der Öffentlichkeit zu präsentieren und nach der Baugenehmigung eine Bürgerbefragung durchzuführen, in Gemeindevertretersitzungen mehrheitlich abgelehnt. Weil die Bürgerinitiativen auch nach dem Verfahren weiter für ihre Ziele mobilisieren und neue Gutachten für die Baugenehmigung gefordert sind, ohne dass das Energieversorgungsunternehmen eine Zusicherung für die Pacht der Gemeindeflächen erhält, zieht sich das Unternehmen aus dem Windkraftanlagenbau in Lautertal zurück.

Literaturhinweis

Zusammenfassungen der Runden Tische Lautertal (14.März; 11.April; 6.Mai 2014) online verfügbar unter: <http://www.windkraft-lautertal.de/> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Matzner, T.: „Windkraft: Bürgerbefragung soll sich nach der HGO richten. CDU will beim Haurod keine Sonderregeln“. *Bergsträßer Anzeiger*, Samstag, 16.08.2014. Online verfügbar unter: <http://www.morgenweb.de/region/bergstrasser-anzeiger/lautertal/cdu-will-beim-haurod-keine-sonderregeln-1.1842062> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Matzner, T.: „Energie: Bensheimer Versorger zieht seinen Bauantrag in Lautertal zurück. Windparkprojekt am Haurod ist vom Tisch“. *Bergsträßer Anzeiger*, Freitag, 30.1.2015. Online verfügbar unter: <http://www.morgenweb.de/region/bergstrasser-anzeiger/lautertal/windpark-projekt-am-haurod-ist-vom-tisch-1.2081498> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Online-Beteiligung zum Entwurf des Stuttgarter Energiekonzeptes

Ina Richter*

Hintergrund

Anleitend zur Umsetzung der Energiewende möchte die Stadt Stuttgart ein Energiekonzept erstellen. Ein erster Entwurf für ein Gesamtkonzept wurde unter der Leitung des Oberbürgermeisters bereits erstellt. Dafür wurden Ziele definiert und bestehende Ansätze weiterentwickelt. Damit möglichst viele Meinungen in das Konzept einfließen, organisierte die Stadt eintägige Workshops und Gesprächsrunden mit Akteuren verschiedener gesellschaftlicher Bereiche. Zu ihnen zählen u.a. Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und zuständigen Fachämtern, Schüler, Bürgerinitiativen und Bürger.

Zusätzlich zu den Workshops wurde ein Online-Forum eingerichtet, um den Zugang und damit auch die Diskussion rund um das Energiekonzept zu erweitern.

Verfahren

Ziel war es, Empfehlungen zum Energiekonzeptentwurf einzuholen, eine Diskussion der vorgeschlagenen Maßnahmen anzustoßen und Ideen konkret zum Thema Energiesparen zusammenzutragen. Seitens der Verwaltung werden die Ergebnisse als Meinungsbild der Stuttgarter Bürger aufbereitet und dem Gemeinderat zum Beschluss vorgelegt. Dafür wurden zwischen dem 1. und 30. September 2015 Diskussionsforen und Umfragen online geschaltet. Alle mit einer E-Mail Adresse angemeldeten Bürger konnten sich in den Prozess einbringen. Eine Netiquette bat um eine respektvolle und sachliche Formulierung der Beiträge. Ein Forum befasste sich mit Energiespartipps und fragte *„Auf welche Art und Weise sparen Sie heute schon Energie? Sie haben bestimmt Tipps und Ideen, die nicht nur andere Nutzer interessieren, sondern auch die Landeshauptstadt. Und welche Erfahrungen haben Sie bisher gesammelt?“*. LED-Straßenbeleuchtung und eigene Stromproduktion in Wohnanlagen waren hier häufige Antworten. Bis zum 30. September wurden neun Beiträge von sieben Nutzern des Forums verfasst. Des Weiteren adressierten zwei Umfragen das Thema Immobilien-sanierung sowie Unterstützungsmöglichkeiten beim Energiesparen in Privathaushalten.

In einem zweiten Forum war es schließlich möglich, den Entwurf des Energiekonzeptes kritisch zu diskutieren. Dafür wurden die einzelnen Ideenbausteine des Entwurfs in ein bis zwei Sätzen zusammengefasst. 44 inhaltliche Beiträge wurden so gelistet. Sie konnten so von den Teilnehmenden kommentiert werden oder allgemeiner – durch Anklicken der entsprechenden Funktion – Zustimmung erhalten. Einzelne Kommentare wurden von Mitarbeitern unter dem Alias „Moderationsteam“ tiefgründiger erläutert.

Ergebnis

Nach einem Monat Laufzeit wurde die Plattform für die Teilnahme geschlossen. Die Ergebnisse werden anschließend vom Amt für Umweltschutz aufbereitet und via Online-Portal der Stadt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Auf dem Portal kann auch



Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

eingesehen werden, welche Ideen in das Energiekonzept aufgenommen wurden. Über das Konzept entscheidet letztlich der Gemeinderat.

Literaturhinweis

Informationen zum Dialog sind online verfügbar unter: <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/> (Zuletzt eingesehen am 1.10.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Online-Dialog zum Regionalen Energiekonzept der Region Oderland-Spree

Ina Richter*

Hintergrund

In der Region Oderland-Spree haben sich viele Bürgerinitiativen gegen Windkraft und Stromleitungen gegründet. Die für die Planung zuständige Regionale Planungsgruppe Oderland-Spree möchte die Öffentlichkeit von Anfang an in den Prozess zur Erstellung eines Regionalen Energiekonzeptes einbeziehen. Dies gilt vor allem für die Bürgerinitiativen. Ein derartiges Vorgehen ist mit dem Ziel verbunden Akzeptanz zu schaffen, das lokale Wissen regionaler Gruppen einzubeziehen, Meinungs- und Einstellungsbilder einzubinden und das Interesse für die Energiewende in der Region zu steigern. Dafür wurde u.a. ein Online-Forum eingerichtet. Die Ergebnisse aus dem Online-Dialog sollten als ein Beteiligungselement mit anderen Verfahren der Präsenz-Beteiligung, wie Workshops, verzahnt werden. Um Menschen in der Region auf das Online-Beteiligungsverfahren aufmerksam zu machen, wurden Pressematerialien, wie Plakate, bei Verwaltungen, Parteien, Vereinen und Bildungseinrichtungen in der Region aufgehängt und verteilt. Mit einer Pressekonferenz im Mai 2012 ging das Portal an den Start.

Verfahren

Die Online-Plattform www.energiebeiuns.de diente dazu, den Planungsprozess des Energiekonzeptes für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Informationen – z.B. Energiedaten aus der Region – standen hier zur Verfügung und verdeutlichten den Ist-Stand der Planungen. Darüber hinaus konnten sich Bürger und Interessengruppen im Rahmen des Online-Dialoges in den Erarbeitungsprozess des Konzeptes einbringen. Dazu mussten sie sich registrieren und innerhalb von sechs Wochen (zwischen Mai und Juni 2012) ihre Ideen und Vorschläge zur Energiewende in der Region einbringen.

Nach Ablauf der First wurden alle eingegangenen Vorschläge ausgewertet und Handlungsmaßnahmen daraus abgeleitet. In der zweiten Dialogphase konnten Teilnehmer innerhalb von ca. einem Monat die dargelegten Handlungsmaßnahmen qualitativ bewerten und kommentieren.

Ergebnis

Laut Abschlussbericht zur Erstellung des Energiekonzeptes war im Vergleich zu anderen Online-Dialogen die Beteiligung zum Regionalen Energiekonzept Oderland-Spree gering und auch geringer als anfangs erwartet. Die Auswertung der Teilnehmerdaten zeigte, dass auch ältere Menschen am Online-Dialog teilgenommen haben. Jüngere und Frauen hingegen haben das Portal nur wenig genutzt. Im veröffentlichten Maßnahmenkatalog des Energiekonzeptes wurden Angaben und Bewertungen aus dem Online-Dialog zu einzelnen Strategien angegeben und gekennzeichnet.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Literaturhinweis

Weinert, M. 2013, „Entwicklung eines regionalen Energiekonzepts mit Online-Partizipation – Erfahrungsbericht über energiebeiuns.de“, in *eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung* 03/2013 vom 22.10.2013.

Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (Hrsg.) 2013, *Regionales Energiekonzept Oderland-Spree. Kurzfassung*, online verfügbar unter: <http://www.rpg-oderland-spree.de/energiekonzept.htm> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Online-Forum „Energetische Sanierung“ in Leipzig

Ina Richter*

Hintergrund

Das Onlineforum „Energetische Sanierung“ war Teil des Projektes *Leipzig weiter denken - Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt*. Gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) diente das Forum der Diskussion über zukunftsrelevante Themen in Leipzig. Im Fokus standen dabei die vier Schwerpunkte Mehrgenerationenstadt, energetische Sanierung, Nachhaltige Stadtfinanzen und Mobilität der Zukunft. Jeder Themenbereich wurde im Rahmen verschiedener Elemente der Beteiligung bearbeitet. Von einer ersten öffentlichen Fachveranstaltung für die Breite der interessierten Bevölkerung, über ein Online-Forum zu einem Werkstattgespräch mit Bürgern, Eigentümern und Trägern für Sanierungsprojekte. Ziel des Gesamtvorhabens war es, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft, Interessengruppen und Bürgern Projektideen und Handlungsmaßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Leipzig zu erarbeiten.

Verfahren

Das Online-Forum diente dazu, Meinungen der Bürger Leipzigs zum Thema Energetische Sanierung einzuholen, Herausforderungen und Chancen näher zu beleuchten und Probleme bei der Umsetzung zu benennen. Dafür stand den Bürgern sechs Wochen lang ein Online-Forum zur Verfügung, auf dem sie ihre Beiträge abgeben und zur Bewertung durch andere Nutzer stellen konnten. Somit konnten auch die Vorschläge anderer mit der eigenen Stimme unterstützt werden. Die Auswertung der Daten und Beiträge erfolgte durch die Stadtverwaltung.

Themen im Forum bezogen sich auf konkrete Maßnahmen, wie beispielsweise auf die Sanierung von Häusern, die unter Denkmalschutz stehen. Gleichfalls diskutierten die Nutzer des Forums Möglichkeiten und Zuständigkeiten einer technischen Beratung oder auch die Rolle der Stadt bei der Umsetzung von Projekten. Im Fokus standen auch Handlungsmöglichkeiten von Eigentümern und Mietern. Alle Interessierten konnten zudem ihre Einschätzung und Kommentare zum Online-Dialog geheim mittels eines Fragebogens abgeben. Dieser war ebenfalls auf der Internetseite des Projektes abrufbar.

Ergebnis

Die Koordinationsstelle für Bürgerbeteiligung der Stadt Leipzig wertete die Ergebnisse des Dialoges aus. Sie dienten u.a. als Grundlage für die wenige Wochen später folgende Bürgerwerkstatt zum Thema „Neue Energie für alte Häuser“. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit nach Abschluss des Dialoges online zur Verfügung gestellt.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Literaturhinweis

Hinweise zur Projektförderung „Leipzig weiter denken“ sind online verfügbar unter:
<https://www.fona.de/de/15333> (Zuletzt eingesehen am 20.07.2015).

Dokumentationen zum Online-Forum der Stadt Leipzig sind online verfügbar unter:
http://www.leipzig-weiter-denken.de/energetische_sanierung/wd-de/index.asp sowie
<http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/> (Zuletzt eingesehen am 20.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Open Space zur Energiewende im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim

Ina Richter*

Hintergrund

Engagement im Themenfeld Energiewende gibt es im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim seit etwa 2010. Dazu gehört ein Arbeitskreis Energie, die Ausschreibung eines Stromsparwettbewerbs, die Teilnahme an Förderprojekten zu Klimawerkstätten im Alltag und eine energieberatende Vortragsreihe. Bis 2020 soll der Landkreis mit 100% erneuerbarer Energie versorgt werden. Inzwischen haben fast alle Gemeinden und Städte einen Energie-wendebeauftragten. Außerdem wird für jede Gemeinde ein Energiehandlungskonzept angestrebt.

Im Zuge dieser Entwicklungen luden die Abteilungen Regionalmanagement und Wirtschaftsförderung des Landkreises im April 2014 zu einem Open Space „BürgerEnergieWende“.

Verfahren

Mit der Veranstaltung sollten Bürger, Fachleute und Interessengruppen verschiedene Themen der Energiewende gemeinsam identifizieren und diskutieren. Dazu sollten neue Perspektiven und Kooperationen gebildet und nächste Handlungsschritte erarbeitet werden. Ziel war es auch zu verdeutlichen, dass die Energiewende nicht nur aus einer Stromdebatte besteht, sondern eine Breite an Themen umfasst.

An der eintägigen Veranstaltung nahmen 70 Personen teil, darunter Bürger, der Bund für Umwelt- und Naturschutz, die Lokale Aktionsgruppe Südlicher Steigerwald, Imker, Architekten, die Energie-wendebeauftragten im Landkreis, Energieberater und Umwelt-beauftragte, eine Bürgerenergiegenossenschaft, Behördenvertreter und der Bürgermeister.

Zwei externe Moderatoren führten durch den Tag. Zu Beginn entschieden alle Anwesenden gemeinsam, an welchen Themen mit wie vielen Personen gearbeitet werden sollte. Jeder war angehalten sein Anliegen einzubringen. So kamen 23 Themen zustande, die von Blüh- statt Maisflächen und Wildbienenunterkünften über Kraft-Wärmekopplung in der Innenstadt, Stromsicherheit, Akzeptanz von Energieinfrastrukturprojekten, Mobilitäts- und Ernährungsfragen bis hin zu einem Einstellungswandel in der Bevölkerung und dem Freihandelsabkommen reichten.

In drei Diskussionsrunden konnten die Teilnehmenden sich einbringen. Nach der Diskussion in Kleingruppen sollten in einer gemeinsamen Abschlussrunde Fragen zu Umsetzungsmöglichkeiten und konkreten Handlungsschritten geklärt werden.

Auch neue Projektvorschläge wurden gemacht, u.a. monatliche Energiestammtische, ein Regionalvermarktungsprojekt, eine Plattform zur Elektromobilität, eine Internetabstimmung

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

zum Freihandelsabkommen, Arbeitskreise zu Mitfahrgelegenheiten und zur Bürgerenergie-
wende und zusätzliche Informationsveranstaltungen.

Ergebnis

Alle Vorschläge wurden protokolliert und in einem Dokument zusammengefasst.

Literaturhinweis

Ergebnisse der Veranstaltung sind online verfügbar unter: www.kreis-nea.de/uploads/tx_decibaybw/OpenSpace_Ergebnis_14.pdf (Zuletzt eingesehen am 31.07.2015).

Rathaus Neustadt an der Aisch (Hrsg.) 2014, „BürgerEnergieWende“, in: *Rathausbote* 3/2014, S. 37.

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Partizipative Gruppendiskussion zum Teilflächennutzungsplan Windenergie in Schopfheim und Hasel

Ina Richter*

Hintergrund

Seit 2012 arbeitet die Stadt Schopfheim am Teilflächennutzungsplan für Windenergie, um den Ausbau der Windenergie besser steuern zu können. Zum Entwurf des Planes wurde eine vorläufige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Drei Standorte waren dort für Windkraftanlagen vorgesehen und auch erste Pläne eines Projektierers lagen vor. Nicht bei allen Bürgern stießen die Planungen auf positive Resonanz; vor allem der Ortsteil Gersbach war von den geplanten Anlagen betroffen, weshalb sich besonders hier Proteste gegen den Bau von Windkraftanlagen bildeten. Dabei sprachen sich nicht nur Bürger und Bürgerinitiativen betroffener Gemeinden gegen die Windparkplanungen aus. Differenzen entstanden auch zwischen der Stadt Schopfheim und Gemeinde Hasel, die sehr unterschiedlich mit den Planungen zur Windkraft auf Gemarkungsgrenzen umgingen. Im Fokus dabei steht der gemeinsame Wald, den die Gemeinde Hasel ohne Grundlage eines Flächennutzungsplanes für die Windenergie zur Verfügung stellte.

Ein Wissenschaftler-Team eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsvorhabens unterstützte vor diesem Hintergrund den Planungsprozess zur Windkraft mit einer Reihe von Informations- und Dialogveranstaltungen. Zum Konzept gehörte u.a. auch eine partizipative Gruppendiskussion.

Verfahren

Im Vorfeld der partizipativen Gruppendiskussion wurden Angaben zu möglichen Standorten gesammelt und von einem Büro mit verschiedenen Blickrichtungen visualisiert. Die Bilder wurden auf einem Informationsmarkt einige Wochen vor Durchführung der Gruppendiskussion vorgestellt.

Innerhalb einer Woche fand im April 2015 – vor Auslegung des Gemeindebeschlusses der Stadt Schopfheim zum Flächennutzungsplan – die partizipative Gruppendiskussion statt. In kleinen Gruppen erörterten Bewohner von Schopfheim und Hasel Fragen und inhaltliche Aspekte zur Flächennutzungs- und Windenergieanlagenplanung. In zwei moderierten Sitzungen fanden die Teilnehmer zunächst befürwortende und ablehnende Argumente zur Windkraft. In einem weiteren Schritt erarbeiteten sie gemeinsam mit Politikern und Fachexperten Antworten auf offen gebliebene Fragen.

Für den Prozess wurden Bürger aus Schopfheim und Hasel nach einem repräsentativen Verfahren ausgewählt. Ziel der Diskussion war es, Antworten und Regelungsmöglichkeiten für den ausstehenden Informationsbedarf zur Windkraft zu finden, Aspekte zu klären, die

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Befürchtungen und Zweifel auslösen, aber auch solche, die Chancen bieten. Außerdem sollte als Ergebnis ebenso beantwortet sein, wann und wie die Bürger weiterhin beteiligt werden.

Ergebnis

Als Ergebnis entstand ein Protokoll, das die Fragen und Antworten der Diskussion wiedergibt. Auf einer folgenden Bürgerinformationsveranstaltung, einige Monate nach der Bürgerdiskussion, wurden inhaltliche Fragen weiter erläutert, über den aktuellen Planungsstand und weitere Beteiligungsmöglichkeiten im Planungsprozess informiert. In diesem Rahmen wird u.a. über die Beteiligung von „Bürgervertrauenspersonen“ nachgedacht, die zu Treffen zwischen Behörden und Vorhabenträgern im Rahmen der formellen Planungen zugelassen sind.

Literaturhinweis

Dokumentation und weiterführende Informationen zum Ablauf des Beteiligungsprozesses sind online verfügbar unter: <http://windkraft-dialog.de/> (Zuletzt eingesehen am 25.06.2015).

Roßnagel, A., Ewen, C., Götz, K., Birzle-Harder, B., Hefter, T., Hentschel, A., Horelt, M.-A., Hüge, A. und C. Schönfelder 2014, *Konzept zur Konfliktbewältigung in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg*, erstellt im Rahmen des Projekts „Entscheidungen über dezentrale Energieanlagen in der Zivilgesellschaft“ – Dezent Zivil, Dezember 2014.

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de**

Planungswerkstatt zum Teilflächennutzungsplan Windenergie in Schorndorf und Winterbach

Ina Richter*

Hintergrund

Mit dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg verankerte die rot-grüne Landesregierung 2012 den Ausbau der Windenergie im Landesplanungsgesetz. Bis dato noch Schlusslicht im Ländervergleich setzte die Regierung nun auf den Ausbau der Windkraft auf mindestens 10% des Strombedarfs bis 2020. Im Zuge der damit verbundenen Novellierung des Landesplanungsgesetzes wurden die bestehenden Regionalpläne und die in diesen vorgesehenen Vorrang- und Ausschlussflächen für Windenergie per Gesetz aufgehoben. Gemeinden waren nun aufgerufen, Vorrangflächen für Windkraft auf ihrem Gemeindegebiet auszuweisen. Einige Gemeinden machten dafür von punktueller Bürgerbeteiligung via Informationsveranstaltungen Gebrauch. In Schorndorf wurde ein mehrtägiges erweitertes Bürgerbeteiligungsverfahren initiiert, um die Bürger in den Entscheidungsprozess einzubeziehen.

Die Frage der Windkraft in der Region um Schorndorf wurde von Bürgerinitiativen kritisch bewertet. Eine Initiative sprach sich gegen Windenergie im Schurwald aus, um diese bisher unbelasteten Flächen entsprechend zu erhalten. Eine weitere Bürgerinitiative gegen Windenergie auf der Buoher Höhe gründete sich im Herbst 2012 im Zuge des Bürgerbeteiligungsverfahrens, das zur Frage der Windkraft in Schorndorf und Winterbach stattfand.

Die Initiative für das Beteiligungsverfahren ging vom Technischen Ausschuss der Stadt Schorndorf aus, der dem Gemeinderat Vorschläge für ein Konzept unterbreitete. Abgestimmt wurde dabei über ein gemeinsames Vorgehen mit der Stadt Winterbach, da potentielle Flächen für Windenergie auf der gemeinsamen Gemarkungsgrenze lagen. Schorndorf stellt für das Verfahren 2/3 der insgesamt ca. 30.000 Euro Verfahrenskosten, den verbleibenden Teil finanzierte die Gemeinde Winterbach.

Verfahren

Ziel war es, Vorschläge für Windkraftstandorte zu diskutieren und dem Gemeinderat eine Empfehlung vorzulegen. Dieser hatte die Entscheidungskompetenz bzgl. der Stellungnahmen zur Regionalplanung des Verbands Region Stuttgart inne. Die Veranstaltungen wurden gemeinsam mit einem Dienstleister geplant und moderiert. Teilnehmer waren ca. 40 Interessensvertreter der Gemeinderäte, der Ortschaften Schorndorf und Winterbach, von Vereinen und Bürgerinitiativen. Hinzu kamen ca. 50 Bürger, die mittels Zufallsauswahl für die Teilnahme benannt wurden. Dafür wurden im Vorfeld etwa 1000 Bürger ab 16 Jahren aus Schorndorf und Winterbach angeschrieben. Weitere Interessierte konnten sich über ein Anmeldeformular für die Zufallsauswahl registrieren.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Es fanden insgesamt zwei Planungswerkstätten, ein Expertenhearing – also eine Anhörung und Beantwortung von Fragen der Bürger durch ausgewählte Experten – und eine Exkursion zu einer Windkraftanlage statt. Weiterhin gab es Bürgersprechstunden zur Frage der Windkraft bei den Bürgermeistern der beiden Gemeinden. Das Verfahren nahm im Juli 2012 mit der Verbreitung von Informationen via Presse und Internet seinen Auftakt und wurde im November desselben Jahres abgeschlossen. Die erste Planungswerkstatt fand im September statt. Hierbei ging es zunächst um generelle Fragen zum Planungsprozess, zum Beteiligungsverfahren, um Stärken und Schwächen von Windenergie im Gebiet Schorndorf/Winterbach sowie die Formulierung von Fragen für das Expertenhearing. Dieses fand drei Wochen später statt. Geladen waren bspw. Vertreter von Fachämtern und des für die Regionalplanung zuständigen Verbandes Region Stuttgart. Die zweite *Planungswerkstatt* diente der Diskussion der Stellungnahmen aus den Expertenhearings, der Vorstellung der identifizierten Standortbereiche für Windenergieanlagen sowie deren Bewertung. Gleichfalls wurde ein Team benannt, das für die Redaktion des Ergebnisberichts verantwortlich war.

Ergebnis

Ergebnis war ein Bericht, der eine Bürgerempfehlung an den Gemeinderat zur Windkraft in Schorndorf und Winterbach beinhaltet. Dieser Bericht entstand auf Basis der Sitzungsprotokolle und wurde durch ein Redaktionsteam bestehend aus den Moderatoren und Teilnehmern der Planungswerkstätten auf Richtigkeit geprüft. In der Bürgerempfehlung wurden die fünf diskutierten Windvorranggebiete vorgestellt, die Verteilung von Zustimmung, Ablehnung und Zustimmungen unter Vorbehalt sowie Begründungen für diese dargelegt. Drei der fünf Gebiete erhielten dabei eine Zustimmung von ca. 50%.

Literaturhinweis

Haß, R., Hielscher, H. und D. Klink 2014, “Germany - a Movement Society? An Investigation of Non-Activism”, in *Journal of Civil Society* 10(4), 353-372.

Hielscher, H., Klink, D. und R. Haß 2014, *Betroffen, aber nicht aktiv: Das Phänomen der Nicht-Beteiligung in Deutschland*, hrsg. v. Centrum für soziale Investitionen und Innovationen und der Hertie School of Governance.

Protokolle, Präsentationen und Bürgerempfehlung des Beteiligungsverfahrens, online verfügbar unter: <http://www.schorndorf.de/de/Leben-in-Schorndorf/B%C3%BCrgerbeteiligung/Windkraftanlagen> (Zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de**

Planungszellen/Bürgergutachten zur Energie- und Mobilitätsentwicklung in Berlin

Ina Richter*

Hintergrund

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojektes (EUREF-Forschungscampus: Nachhaltige Energie- und Mobilitätsentwicklung durch Kopplung intelligenter Netze und Elektromobilität – Mobility2Grid) gingen Wissenschaftler der Frage nach, wie lokal erzeugte Energie und Elektromobilität intelligent miteinander verknüpft werden können. Ein Konzept wird im Berliner Bezirk Schöneberg erprobt. Um Ideen und Empfehlungen für die Übertragbarkeit, zu Möglichkeiten und Grenzen der Verbindung von Energie- und Verkehrswende in Berliner Stadtquartieren zu gewinnen, wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt. Dafür wurden im Juni 2014 vier dreitägige Planungszellen abgehalten.

Verfahren

Das Verfahren wurde geplant und durchgeführt von einem in Berlin ansässigen Forschungsinstitut. Für die Planungszellen wurde insgesamt eine Teilnehmerzahl von 100 Personen angestrebt. Dafür wurden 3000 Bürger zufällig aus dem Melderegister Berlins ausgewählt und schriftlich eingeladen. Kriterien für die Auswahl waren eine gleichmäßige Geschlechterverteilung, ein Mindestalter von 18 Jahren und ein Wohnsitz in Berlin. Um die Teilnahme auch für Berufstätige zu ermöglichen, wurden die Planungszellen vorab als Bildungsurlaub anerkannt. Zudem erhielten alle Teilnehmer eine Aufwandsentschädigung von 90€. 121 Bürger meldeten sich für das Beteiligungsverfahren an, nach kurzfristigen Absagen nahmen letztlich 88 Menschen am Prozess teil.

Die vier Planungszellen (mit je etwa 25 Teilnehmern) waren strukturell und inhaltlich gleich aufgebaut: Zwölf Arbeitseinheiten auf drei Tage verteilt und von einem Moderatorenteam begleitet. Jede inhaltliche Arbeitseinheit wurde durch ein Kurzreferat eines Experten eingeführt und anschließend offene Fragen dazu beantwortet. Im Anschluss fanden Kleingruppendiskussionen (mit je fünf Teilnehmern) zu zuvor (vom Institut) festgelegten Fragen statt. Nach der Präsentation der Ergebnisse jeder Kleingruppe konnten alle Teilnehmer die zusammengetragenen Empfehlungen nach der ihrer Meinung nach größten Wichtigkeit bewerten. So konnten Präferenzen und Wünsche der Bürger herausgestellt werden. Die Diskussionsgruppen wurden immer wieder neu zusammengesetzt. In Phasen der Meinungsbildung oder Entscheidungsfindung zog sich das externe Moderatorenteam zurück. Beides sollte eine zu starke Beeinflussung von außen und innerhalb der Gruppe verhindern.

Ergebnis

Im Ergebnis wurden die Ideen, Diskussionen und Anregungen in einem Bürgergutachten zusammengestellt. Die textliche Erarbeitung oblag zwar dem Forschungsinstitut, aus jeder

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

der vier Planungszellen wurden jedoch zum Abschluss des Verfahrens drei Teilnehmer benannt, die sich bereit erklärten, das erstellte Gutachten zu lesen und ggf. auf Fehldeutungen oder Ähnliches aufmerksam zu machen. Die Ergebnisse des Bürgergutachtens fließen in das Forschungsprojekt und Entwicklung neuer Infrastrukturprojekte im Energiebereich ein.

Literaturhinweis

Bach, N., Gersch, R. und J. Wittke (Redaktion) 2014, *Bürgergutachten: Intelligente Energie- und Verkehrswende in Berliner Stadtquartieren*, online verfügbar unter: https://www.technik.tu-berlin.de/fileadmin/fg301/Projekte/EUREF-Campus/EUREF_M2G_Buergergutachten_2014.pdf (Zuletzt eingesehen am 3.6.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Runder Tisch zum Pumpspeicherwerk Atdorf

Ina Richter*

Hintergrund

Seit 2008 plante der Vorhabenträger den Bau eines Pumpspeicherwerkes im baden-württembergischen Hotzenwald. Von dem als größtes Pumpspeichwerk Deutschlands geplanten Vorhaben wären vier Kommunen maßgeblich betroffen. In Informationsveranstaltungen wurde die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis gesetzt. Das Projekt stieß jedoch nicht überall auf positive Stimmen. Es gründeten sich Bürgerinitiativen gegen das geplante Pumpspeicherwerk Atdorf. Im weiteren Verlauf formierte sich zudem eine Bürgerinitiative, die das Projekt befürwortete, eine weitere stand dem Vorhaben neutral gegenüber. Das Raumordnungsverfahren zum Pumpspeicherwerk wurde Ende 2010 abgeschlossen und mit dem Beschluss der Genehmigungsbehörde als raumverträglich eingestuft. Die Konflikte blieben unterdessen in der betroffenen Region weiterhin intensiv. Vor diesem Hintergrund ergriffen zwei Vertreter aus Politik und Naturschutz die Initiative für ein Dialogverfahren. Diese wurde vom Vorhabenträger des Pumpspeicherwerkes aufgenommen, der die Mittel für ein entsprechendes Verfahren zur Verfügung stellte. Der Dialogprozess wurde zudem von einem Forschungsverbund sozialwissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Verfahren

Zwischen Juni und November 2011 fanden fünf moderierte Runden Tische statt, zu denen etwa 40 Personen eingeladen wurden. Die Moderatorin wurde vom Vorhabenträger ausgewählt, die wiederum den ersten Vorschlag für die Beteiligten am Runden Tisch einbrachte. Die Liste wurde in der ersten Sitzung erweitert, so dass letztlich ein Kreis von ca. 35 Personen aus Vertretern von politischen Parteien und Fraktionen, Behörden und kommunalen Gremien, der Investoren und Unternehmen, von Naturschutzverbänden sowie Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften am Runden Tisch Platz nahm. Alle Teilnehmer wurden gezielt ausgewählt und persönlich eingeladen. Betroffene Bürger als Privatpersonen waren am Runden Tisch nicht vertreten. Für sie wurden die Sitzungen des Verfahrens live im Internet übertragen. Journalisten konnten nach Anmeldung an den Sitzungen teilnehmen. Die Teilnehmer selber konnten jeweils bis zu zwei Experten mitbringen. In den Sitzungen der Arbeitsgruppen wurden weitere Gutachter für spezifische Fragestellungen bestimmt.

Ziel des Verfahrens war es, eine offene und transparente Diskussion zum geplanten Pumpspeicherwerk zu führen, die auch die grundsätzliche Notwendigkeit und mögliche Standortalternativen für das Kraftwerk behandelte, sich aber vor allem um die Bauausgestaltung drehte. Der Austausch sollte nicht nur zu einem Kompetenzzuwachs auf allen Seiten führen, sondern eine ausgewogene Grundlage für eine Entscheidung schaffen. Die Regeln über das Miteinander, die inhaltliche Erarbeitung und die Dokumentation der Debatte wurden gemeinsam von allen Teilnehmern festgelegt.

Arbeitsgruppen wurden zu den Themen Naturschutz, Tourismus und Regionalentwicklung, Belange der Anwohner wie auch wirtschaftliche Aspekte eingerichtet, an denen die

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Teilnehmer des Runden Tisches freiwillig mitwirken konnten. Arbeitsgruppen hatten die Aufgaben, die Diskussionen der folgenden Sitzungen des Runden Tisches vorzubereiten, Konsens- und Dissens zu einzelnen Themen herauszuarbeiten, Wissenslücken zu identifizieren und ggf. Referenten für die Sitzungen zu benennen.

Ergebnis

Im Ergebnis wurde von der Moderation ein Abschlussbericht angefertigt, der den Prozess dokumentierte, aber keine gemeinsame Vereinbarung beinhaltete. Die Situation blieb weiterhin angespannt. Auch die unabhängigen Beobachter der Forschungseinrichtungen vermerkten, dass ein Präferenzwechsel oder ein Kompromiss nicht stattgefunden habe. Als Gründe werden dafür genannt, dass der Beteiligungsprozess zu spät stattgefunden habe, die Anzahl der Teilnehmerzahl für eine intensive Diskussion zu groß und der Zeitdruck zu hoch war.

Letztlich zog sich der Vorhabenträger unter Nennung wirtschaftlicher Gründe im September 2013 aus dem Vorhaben zurück.

Literaturhinweis

Buchholz, F. 2014, „Der Runde Tisch – ein geeignetes Dialoginstrument bei Großinfrastrukturvorhaben zur Energiewende. Das Beispiel eines geplanten Pumpspeicherwerkes im Südschwarzwald“, in Küpper et al. (Hg.) *Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten*, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover.

Ewen, C., Gabriel, O. und J. Ziekow 2013, *Bürgerdialog bei der Infrastrukturplanung: Erwartungen und Wirklichkeit. Was man aus dem Runden Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf lernen kann*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Ziekow, J., Gabriel, O., Remer-Bollow, U., Buchholz, F. und C. Ewen 2013, *Evaluation und Begleitforschung, Runder Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf*, Forschungsbericht, online verfügbar unter: <http://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Evaluation-und-Begleitforschung-Runder-Tisch-Pumpspeicherwerk-Atdorf.pdf> (Zuletzt eingesehen am 02.07.2015).

Zweynert, D., 2012, „Pumpspeicherwerke in Planung – in Baden-Württemberg wird mit Beteiligungsverfahren experimentiert“, in *Die Wirtschaftsmediation* 2/12: 23-26.

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de

Runder Tisch zur Windkraft in Engelsbrand

Ina Richter*

Hintergrund

Das Thema Windenergie beschäftigt die Bürger wie den Gemeinderat von Engelsbrand seit 2011. Damals beschloss das Landeskabinett Eckpunkte für Änderungen des Landesplanungsgesetzes zur Förderung der Windkraft. Gemeinden waren aufgerufen, die Auswirkungen dieser geänderten regulatorischen Rahmenbedingungen auf Ausweisung von Windkraftflächen zu prüfen. Gerade die Gemeinde Engelsbrand galt laut Windenergieatlas als besonders geeigneter Standort.

Im Oktober 2011 fasste der Gemeinderat den Beschluss, dass zunächst eine Standortanalyse durchgeführt werden soll, um das Potential der gemeindeeigenen Flächen mit Blick auf Kriterien wie beispielsweise Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Nach Durchführung der Standortanalyse sollte ein transparenter und offener Prozess eine Entscheidung für die Gemeinde herbeiführen. Zur Begleitung und Durchführung des Planungs- und Beteiligungsprozesses wurde eine Projektgruppe gegründet. Sie setzte sich aus Gemeinderat, Bürgermeister und einer bereits bestehenden Bürgerenergiegenossenschaft zusammen. Am Ende des Verfahrens sollte ein Bürgerentscheid über die Frage der Windkraft in Engelsbrand entscheiden.

Informationsmaterialien, Einladungen, Versammlungen, Gutachten und eine Informationsfahrt zu einer bestehenden Anlage wurden organisiert, um möglichst breites Wissen für alle zur Verfügung zu stellen. Nach einem positiv verlaufenen Prozess entschied sich im Herbst 2012 eine knappe Mehrheit der Bürger (52%) für den Bau von Windkraftanlagen. Befragt wurden dabei auch die betroffenen Bürger der benachbarten Stadt Pforzheim/Stadtteil Büchenbronn, da die potentiellen Standorte auf der Gemarkungsgrenze zu diesem Stadtteil liegen. Auch hier stimmte die Mehrheit für die Windenergie. Das Thema Windkraft blieb trotz des Entscheides nicht unumstritten. Eine Bürgerinitiative formierte sich und forderte größere Abstände der Windenergieanlagen zur Wohnbebauung. Ein Jahr nach dem Bürgerentscheid wurde deshalb ein Runder Tisch zur Frage der Windkraft in Engelsbrand eingerichtet, um alle Argumente für und gegen Windkraft in Engelsbrand noch einmal zu prüfen.

Verfahren

Ziel des Runden Tisches war die Lösung des Konfliktes um die Windkraft und Versachlichung der Debatte sowie Transparenzschaffung über das weitere Vorgehen zur Windenergie. Zudem sollten Empfehlungen für den Gemeinderat formuliert werden, wie nach der Messung der Windhöflichkeit auf den Gemeindeflächen und einem potentiellen Gestattungsvertrag mit einem gewählten Windenergieunternehmen weiter zu verfahren sei. Das Verfahren wurde vor dem Hintergrund der Forderungen der Bürgerinitiative durch den Gemeinderat angestoßen und durch diesen finanziert. Fördermittel wurden beim Land Baden-Württemberg beantragt. Durch das Verfahren führte ein externer Moderator, der gemeinsam mit der Bürgerinitiative und durch Losentscheidung ausgewählt wurde. Die Teilnehmer des Runden Tisches waren drei Gemeinderäte aus allen Fraktionen, ein Vertreter des kommunalen Energieteams, vier Vertreter der Bürgerinitiative sowie der Bürgermeister. Die Sitzungen des Runden Tisches

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

waren für alle Interessierten öffentlich. Protokolle wurden auf der Homepage der Gemeinde Engelsbrand zugänglich gemacht. Der Runde Tisch tagte einmal pro Monat und insgesamt viermal. Er diente der Diskussion und Aufbereitung weiterführender Informationen zur Windenergie in Engelsbrand. Seine Teilnehmer beschloss nicht nur Regeln über den Umgang miteinander, sie konnten auch Themen für die weitere Beratung im Gemeinderat vorschlagen und nahmen Stellungnahmen aus der Bürgerschaft für die Diskussion auf. Beratungen fanden zu den Themen Ökologie, Ökonomie, Gesundheit und Soziales, Rahmenbedingungen wie Prozess statt.

Ergebnis

Laut Planung sollte ein fünfter Runder Tisch zu einer gemeinsamen Empfehlung für den Gemeinderat führen. Weil sich Gegner und Befürworter aber uneins über die Transparenz der Sitzung waren (die Befürworter verweigerten sich einer öffentlichen Sitzung), formulierten beide Seiten letztlich eigene schriftliche Empfehlungen, die getrennt voneinander eingereicht wurden.

Literaturhinweis

Protokolle von Gemeinderatssitzungen wie des Runden Tisches sind online verfügbar unter: <http://www.engelsbrand.de/index.cfm?fuseaction=leben&rubrik=windkraft> (Zuletzt eingesehen am 17.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de

Steuerungsgruppe zur Windkraft am Rödeser Berg in Wolfhagen

Ina Richter*

Hintergrund

Wolfhagen hat eine Reihe an Maßnahmen ergriffen, um eine nachhaltige kommunale Energieversorgung zu realisieren. In der kleinen Stadt in Hessen hat im Jahr 2006 das kommunale Stadtwerk die Konzession für die örtlichen Stromnetze übernommen. Auf Initiative von Bürgern gründete sich kurz darauf im Jahr 2007 eine „Klimaoffensive Wolfhagen“. Im darauffolgenden Jahr setzte sich die Stadt das Ziel, bis 2015 100% des Stroms für die Wolfhagener Haushalte aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Windenergie spielt dabei eine wichtige Rolle.

Mit fachlichen und gesellschaftlichen Vertretern wurde nach einem geeigneten Standort gesucht. Fünf mögliche Flächen wurden geprüft, die Entscheidung fiel auf den Rödeser Berg. Nicht alle Parteien und Bürger unterstützten diese Wahl. Widerstand organisierte sich in Form einer Bürgerinitiative gegen Windenergie am genannten Standort. Um die Diskussionen zu versachlichen und den Konflikt aufzulösen, rief der Bürgermeister eine „Steuerungsgruppe Windenergie“ ins Leben. Noch während die Steuerungsgruppe tagte, formierte sich eine Bürgerinitiative pro Windkraft in Wolfhagen.

Verfahren

Ziel der Steuerungsgruppe war es, in Form eines Mediationsverfahrens einen sachlichen Dialog zu führen, Konflikte zu lösen und Alternativen für den Standort Rödeser Berg zu identifizieren. Prinzip des Verfahrens war es, Entscheidungen im Konsens zu treffen. Mitglieder der Steuerungsgruppe waren der Bürgermeister der Stadt Wolfhagen, Vertreter der im Stadtparlament vertretenen Parteien, der Geschäftsführer der Stadtwerke, die Vertreter der Bürgerinitiative, ein Vertreter des Kirchenkreises und der Klimaoffensive wie ein interessierter Bürger. Bei konkreten Fachfragen wurden sachkundige Bürger und Experten hinzugezogen.

Das Verfahren wurde durch einen Mediator moderiert. Die Auftaktveranstaltung fand unter Beteiligung interessierter Wolfhagener Bürgerinnen und Bürger statt. Die Steuerungsgruppe tagte mehrfach zwischen Februar und November 2009. 13 Treffen sind protokolliert. Wechselnde Teilnehmer bei den Bürgerinitiativen, zu wenig Zeit und unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten erschwerten die Zusammenarbeit. Politische Vertreter verließen z.T. die Gruppe und wurden durch andere gesellschaftliche (wie bspw. kirchliche) Vertreter ersetzt.

Ergebnis

Die Konflikte um den Standort Rödeser Berg konnten nicht aufgelöst werden. Verhärtete Positionen führten letztlich zum Auflösen der Steuerungsgruppe, bevor ein Votum für alternative Standorte gefunden werden konnte. Der Beschluss des Regionalplans Nordhessen 2010 wies letztlich auf dem Wolfhagener Stadtgebiet zwei Standorte sowie den Rödeser



Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Berg als Vorranggebiete für Windenergie aus. 2013 wurden vier Windkraftanlagen auf dem Rödeser Berg genehmigt.

Literaturhinweis

Leibenath, M. und Antje O. 2013, „Windräder in Wolfhagen – eine Fallstudie zur diskursiven Konstituierung von Landschaften“, in Leibenath, M., Heiland, S., Kilper, H. und S. Tzschaschel (Hg.), *Wie werden Landschaften gemacht? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Konstituierung von Kulturlandschaften*, transcript Verlag Bielefeld, 205-236.

Stadtverordneten Wolfhagen, Kommunalvertreter-Serie zum Energiekonzept Wolfhagen, online verfügbar unter: www.windpark-wolfhagen.de/presse/1269442396.pdf (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Trassenuntersuchungsteam zum „Ostbayernring“ im Raum Windischeschenbach

Ina Richter*

Hintergrund

Der Ostbayernring ist eine bereits existierende Stromleitung, die von Redwitz nach Schwandorf führt. Mit der Verabschiedung des Bundesbedarfsplangesetzes 2013 wurde eine Verstärkung dieses Leitungssystem bestehend aus einer 220-kV und einer 380-kV Leitung auf zwei 380-kV Leitungen beschlossen. Die Leitungsverstärkung soll soweit möglich in der bestehenden Trasse erfolgen bzw. sich daran orientieren. An einigen Stellen gibt es jedoch Konfliktpunkte, z.B. da, wo die alte Leitung zu nah an Häuser und Ortschaft heranreicht. Hier gilt es neue Leitungstrassen zu identifizieren und zu bauen. Die „alte“ Leitung wird nach Fertigstellung des Projektes zurückgebaut.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* haben Wissenschaftler ein Teilnahmeverfahren initiiert, geplant und durchgeführt. Der Prozess erfolgte in Abstimmung mit dem zuständigen Übertragungsnetzbetreiber, der ebenfalls informelle Angebote der Information und Konsultation zu vorgeschlagenen Trassenkorridoren angestoßen hatte. Ziel des Projektes war es, Möglichkeiten der Mitwirkung von potentiell betroffenen Bürgern an Entscheidungen zu ermöglichen und dabei ein Verfahren aufzusetzen, das den Prinzipien von Fairness und Dialog auf Augenhöhe entspricht und eine professionelle Moderation einbindet. Windischeschenbach ist einer der Orte entlang des Ostbayernrings, an dem eine Verstärkung in bestehender Trasse nicht raumverträglich ist. Hier fand ein Teilnahmeprozess statt. Ein zweites Verfahren bezog sich schwerpunktmäßig auf den Ort Schwandorf. Dieser Dialogprozess wurde jedoch nicht mehr vom Forscherteam gestaltet, jedoch wissenschaftlich von diesem evaluiert.

Verfahren

Ziel des Verfahrens in Windischeschenbach war es, eine Trassenvariante mit den betroffenen Bürgern zu identifizieren, die Kriterien der Raumverträglichkeit sowie von Betroffenen entspricht. Der Übertragungsnetzbetreiber verpflichtete sich zu Beginn des Verfahrens, eine im Rahmen des Teilnahmeprozesses erarbeitete Bürgervariante und eine von ihm entwickelte Variante für einen Leitungsverlauf gleichberechtigt in das Raumordnungsverfahren einzubringen.

Die einzelnen Veranstaltungen wurden von einem externen Moderationsteam begleitet. Das Verfahren umfasste drei öffentliche Veranstaltungen, zu denen alle Interessierten eingeladen wurden. So gab es im Oktober 2014 eine *Auftaktveranstaltung*, auf der sich der Übertragungsnetzbetreiber, das Forscherteam wie auch Akteure wie die Bundesnetzagentur vorstellten. Hier wurde das Leitungsprojekt und das Teilnahmeverfahren erläutert und Fragen der Teilnehmer diskutiert. Für die Arbeitsphase wurde ein *Trassenuntersuchungsteam*

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

(TUT) bestehend aus 20 Personen gegründet. Das TUT setzte sich aus acht zufällig ausgewählten Bürgern und Vertretern des Übertragungsnetzbetreibers, den vier Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, Vertretern von Interessengruppen, wie dem Bauernverband und der Forst-betriebsgemeinschaft, und fachlichen Experten zusammen. Mitarbeiter zuständiger Behörden waren als Berater anwesend. Die Arbeit an Korridor- und Trassenvorschlägen erforderte im Verlauf des Beteiligungsprozesses eine Erweiterung der TUT-Mitglieder durch sich neu ergebende Betroffenheit. Das TUT tagte insgesamt dreimal. Die Arbeit in der Kleingruppe zielte darauf ab, einen intensiven Dialog zu ermöglichen und die Bürger-beteiligung eng mit Vorgaben des formellen Planungsverfahrens zu verzahnen. Aufgabe des TUT war es, die Hinweise und Trassenvorschläge der Bürger aus den öffentlichen Veranstaltungen aufzugreifen und dahingehend zu prüfen, welche Auswirkungen sie auf Mensch und Umwelt nach sich ziehen würden. Vor- und Nachteile verschiedener Varianten sollten heraus-gearbeitet und in verständlicher Form der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Zwischenergebnisse des TUT wurden in einer öffentlichen *Feedback-Veranstaltung* vorgestellt und Fragen wie Hinweise für die Weiterarbeit aufgenommen. Auf der *Abschluss-veranstaltung* im Juni 2015 wurden die vom TUT erarbeiteten Trassenvarianten vorgestellt und gemeinsam mit allen interessierten Bürgern weitere Hinweise und Informationen zu den Varianten eingeholt. Eine Entscheidung bezüglich einer Bürgertrasse, wie zu Beginn des Beteiligungsprozesses vorgesehen, war nicht (mehr) Gegenstand dieser Abschluss-veranstaltung. Die Entscheidung über eine Vorzugsvariante wurde dadurch obsolet, dass entgegen dem ursprünglichen Ansinnen nicht mehr nur eine „Bürgervariante“ und eine Variante des Übertragungsnetzbetreibers in das Raumordnungsverfahren eingebracht werden. Vielmehr sollten nun alle im TUT erarbeiteten und geprüften Hauptvarianten in das formelle Verfahren einfließen. Diese Hauptvarianten umfassen sämtliche Optionen.

Ergebnis

Die Hauptvarianten wurden im Herbst 2015 den zuständigen Behörden vorgelegt, die die Trassenvarianten auf Raumverträglichkeit prüfen. Bürger hatten im Rahmen des formellen Verfahrens die Möglichkeit, schriftliche Stellungnahmen einzubringen. Weil sich im Verlauf des Beteiligungsprozesses politische Rahmenbedingungen (Kabinettsbeschluss, Förderung von Erdkabeln, neue Leitungsendpunkte) änderten, blieb zunächst nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens offen, wie es mit dem Leitungsprojekt weitergeht. Ende November 2015 leiteten die zuständigen Behörden dann das Raumordnungsverfahren für den Ostbayernring ein.

Literaturhinweis

Sämtliche Protokolle und Dokumentationen zu Beteiligungsverfahren Windischeschenbach sind online verfügbar unter: <http://www.demoenergie.de/windischeschenbach/der-beteiligungsprozess-2/> (Zuletzt eingesehen am 21.7.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter@iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Trassenuntersuchungsteam zum Ostbayernring in Schwandorf

Ina Richter*

Hintergrund

Der Ostbayernring ist eine bereits existierende Stromleitung, die von Redwitz nach Schwandorf führt. Mit der Verabschiedung des Bundesbedarfsplangesetzes 2013 wurde eine Verstärkung dieses Leitungssystem bestehend aus einer 220 kV und einer 380 kV Leitung auf zwei 380kV Leitungen beschlossen. Die Leitungsverstärkung soll soweit möglich in der bestehenden Trasse erfolgen bzw. sich daran orientieren. An einigen Stellen gab es jedoch Konfliktpunkte, z.B. da, wo die alte Leitung zu nah an Häusern und Ortschaft heranreicht. Hier galt es deshalb neue Leitungstrassen zu identifizieren und zu bauen. Die „alte“ Leitung wird nach Fertigstellung des Projektes zurückgebaut.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* haben Wissenschaftler ein Beteiligungsverfahren an einem weiteren Knotenpunkt entlang des „Ostbayernrings“ - in Windischeschenbach - in Abstimmung mit dem zuständigen Übertragungsnetzbetreiber initiiert, geplant und durchgeführt. Das Beteiligungsverfahren in Schwandorf orientierte sich an dem hier entwickelten Beteiligungskonzept und wurde vom Übertragungsnetzbetreiber geplant und durchgeführt. Das Forscherteam evaluierte den Prozess.

Verfahren

Ziel des moderierten Beteiligungsverfahrens war es, eine Trassenvariante mit den betroffenen Bürgern zu identifizieren, die Verträglichkeitskriterien der Raumordnung sowie von Betroffenen entspricht. Der Übertragungsnetzbetreiber verpflichtete sich, die erarbeiteten Trassenvarianten in das formelle Raumordnungsverfahren einzubringen.

Das Verfahren umfasste drei öffentliche Veranstaltungen, zu denen alle Interessierten eingeladen wurden. So gab es im Januar 2015 eine *Auftaktveranstaltung mit anschließender Bürgerwerkstatt*, auf der der Übertragungsnetzbetreiber u.a. über das Leitungsprojekt, den Verlauf und das Ziel des Beteiligungsverfahrens informierte und Fragen der Teilnehmer diskutiert wurden. Um die 100 Bürger nahmen an der Abendveranstaltung teil und etwa 50 Personen an der Bürgerwerkstatt. Hier ging es bereits um die Erarbeitung sensibler Bereiche, die erste Entwicklung von Trassenvarianten und die Festlegung von Untersuchungskriterien.

Bis zur Bürgerwerkstatt konnten sich zudem interessierte Bürger für das sogenannte *Trassenuntersuchungsteam (TUT)* bewerben. Die 25 „Freiwilligen“ wurden entsprechend ihrer regionalen Zugehörigkeit in vier Lostöpfe aufgeteilt und aus diesen per Losverfahren durch den Bürgermeister Teilnehmer ermittelt. Dabei wurde auf regionale wie geschlechter-spezifische Verteilung geachtet. Die insgesamt sieben ausgewählten Bürger bildeten gemeinsam mit Vertretern der Stadt, zuständiger Behörden und von Verbänden, wie dem Bauernverband, das TUT. Die Arbeit in der Kleingruppe zielte darauf ab, einen intensiven Dialog zu ermöglichen und die Bürgerbeteiligung eng mit den Vorgaben des formellen Planungsverfahrens zu verzahnen. Aufgabe des TUT war es, die Hinweise und

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Trassenvorschläge der Bürger aus den öffentlichen Veranstaltungen aufzugreifen und dahingehend zu prüfen, welche Auswirkungen sie auf Mensch und Umwelt haben. Vor- und Nachteile verschiedener Varianten sollten herausgearbeitet und in verständlicher Form der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Das TUT tagte insgesamt zweimal und arbeitete dabei zusammen mit Juristen, technischen Experten und Umweltfachleuten.

Ergebnisse der Bürgerwerkstatt wie Zwischenergebnisse des TUT wurden in einer für alle Interessierten öffentlichen *Feedback-Veranstaltung* im Februar vorgestellt und Fragen wie Hinweise für die Weiterarbeit aufgenommen. Auf der *Abschlussveranstaltung* im Juni 2015 wurden die vom TUT erarbeiteten drei Hauptvarianten für potentielle Trassenverläufe vorgestellt und gemeinsam mit allen interessierten Bürgern weitere Hinweise und Informationen zu den Varianten eingeholt.

Ergebnis

Die in der Abschlussveranstaltung vorgestellten drei Trassenvarianten sollten, so das Versprechen des Übertragungsnetzbetreibers, im Raumordnungsverfahren im Herbst 2015 vorgelegt werden.

Im Zuge des Beteiligungsverfahrens in Schwandorf gründete sich zudem eine Bürgerinitiative, die gegen das Leitungsprojekt mobil macht.

Literaturhinweis

Protokolle und Präsentationen zum Beteiligungsverfahren können online eingesehen werden unter: <http://www.tennet.eu/de/netz-und-projekte/onshore-projekte/ostbayernring/beteiligungsmoeglichkeiten/buergerbeteiligung-schwandorf.html> (Zuletzt eingesehen am 21.7.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Trassierungswerkstätten zum Leitungsprojekt „Bünzwangen- Goldshöfe“

Ina Richter*

Hintergrund

Der Aus- und Neubau bestehender Stromleitungen auf der Hoch- und Höchstspannungsebene ist gesetzlich per Energieleistungsausbaugesetz (EnLAG) und Bundesbedarfsplan auf Bundesebene festgeschrieben. Eines dieser Leitungsprojekte umfasste die Leitung von Bünzwangen nach Goldshöfe in der Region im Ostalbkreis, Baden-Württemberg. Das Leitungsprojekt geht bereits auf langjährige Planungen noch vor Aufnahme im EnLAG zurück.

Der für dieses Leitungsprojekt zuständige Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW informierte in Veranstaltungen zunächst Bürgermeister und Gemeindevertreter und einige Monate später die Öffentlichkeit über die geplante 380-kV Leitung. In der Region gründeten sich fünf Bürgerinitiativen gegen den geplanten Neubau. Widerstand formierte sich auch unter den Vertretern der Gemeinden und Gemeinderäte. Argumente bezogen sich auf den grundsätzlichen Bedarf der Leitung, der in Frage gestellt wurde. Die Kritik betraf zudem die Kommunikation des Unternehmens, die späte Informationsvermittlung für die Kommunen und Öffentlichkeit, mangelnde Transparenz des geplanten Projektes und nicht geprüfte Alternativen, wie beispielsweise die Verwendung von Erdkabeln. Die betroffenen Kommunen und Kreise gaben zudem ein neues Gutachten zur Prüfung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Neubauprojektes in Auftrag.

Der Übertragungsnetzbetreiber reagierte auf die Konflikte vor Ort und initiierte vor Aufnahme des Raumordnungsverfahrens einen informellen Beteiligungsprozess. Für die Konzepterarbeitung sowie die Moderation der Veranstaltungen beauftragte er einen Dienstleister.

Verfahren

Ziel des Verfahrens war es, bis zu drei raumverträgliche Trassenvarianten pro Trassenabschnitt zu identifizieren, die dann in das Raumordnungsverfahren eingebracht werden sollten. Würden keine Alternativen identifiziert, obliege es dem Übertragungsnetzbetreiber über die Verwendung der Ergebnisse des Dialogverfahrens zu entscheiden. Gleichfalls werden vom Vorhabenträger Varianten als Diskussionsgrundlage eingebracht.

Vom Übertragungsnetzbetreiber wurde das Leitungsprojekt in vier Abschnitte unterteilt. Pro Abschnitt wurde eine Informationsveranstaltung im Vorfeld des Dialogverfahrens – Beginn April/Mai 2013 – durchgeführt. Daran schlossen sich planmäßig ab Juni 2013 je drei aufeinanderfolgende Trassierungswerkstätten als Kern des Beteiligungsverfahrens an. Die Werkstattveranstaltungen fanden über ca. drei Stunden in den Abendstunden statt. Als Teilnehmer der Trassenwerkstätten waren interessierte Bürger sowie die Mitglieder eines neu gegründeten Trassenforums geladen. Die Teilnahme im Trassenforum war auf ca. 25 offiziell geladene Personen begrenzt. Hier wirkten Vertreter der Gemeinden, von zuständigen

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Landratsämtern wie von Bürgerinitiativen, Naturschutz- und Wirtschaftsverbänden und lokalen Vereinen mit. Die Besetzung der Foren erfolgte auf Vorschlag der Kommunen. Externe Experten konnten nach Bedarf hinzugezogen werden. Die Teilnehmer des Trassenforums stellten sich jeweils zu Beginn der Veranstaltungen den anwesenden Bürgern vor. Die teilnehmenden Bürger konnten dann aktiv am Dialogprozess teilnehmen.

Auf Wunsch der Kommunen und Bürger wurde der informelle Dialogprozess zwischenzeitlich unterbrochen und die letzten beiden Werkstattserien auf die Zeit nach dem Sommer 2013 verschoben. Diese hatten mehr Zeit für die Vorbereitung und Einarbeitung in die Thematik gefordert.

Ergebnis

Das Beteiligungsverfahren wurde nach der Sommerpause nicht wieder aufgenommen. Der grundsätzliche Bedarf der Leitung konnte nach erneuter Prüfung nicht mehr bestätigt werden. Hierfür wurde im Auftrag der Gemeinden ein erneutes Gutachten erstellt, das den elektrizitätswirtschaftlichen Bedarf der Leitung nicht bestätigen konnte. Im Netzentwicklungsplan Strom 2024 wird daraufhin der Neubau der Leitung erneut geprüft und von den Übertragungsnetzbetreibern als nicht mehr energiewirtschaftlich erforderlich bewertet.

Literaturhinweis

Dokumentation der Trassierungswerkstätten unter: www.transnetbw.de (Zuletzt eingesehen am 1.07.2015).

Dokumentation zur ersten Trassierungswerkstatt, u.a. Abschnitt 4, sind online verfügbar unter: <https://www.transnetbw.de/uploads/2013-10-11-02-46-39.pdf> (Zuletzt eingesehen am 1.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Zukunftskonferenz zum Integrierten Klimaschutz- und Energiekonzept in Ludwigsburg

Ina Richter*

Hintergrund

Seit Anfang 2004 arbeitete die Stadt Ludwigsburg an einem Stadtentwicklungskonzept. Zu den dazu vertiefend herausgearbeiteten Themenfeldern zählte u.a. das Thema Energie. Mit Blick auf die große Bedeutung des Themas wurde beschlossen, mittels Projektförderung durch den Bund ein Gesamtenergiekonzept für die Stadt zu entwickeln (Integriertes Klimaschutz- und Energiekonzept). Unter Betreuung durch das Referat für Nachhaltige Stadtentwicklung der Stadt nahm das Projektteam zunächst eine Bestandsaufnahme vor, erstellte eine Energie- und CO₂-Bilanz, führte eine Potentialanalyse durch und erstellte Szenarioanalysen. Teil der Konzepterstellung waren auch Beteiligungsprozesse. Sie sollen langfristig Akzeptanz und Unterstützung der Ludwigsburger Bürgerschaft für die gewonnenen Maßnahmen schaffen. Neben der intensiven Beteiligung von Experten im Themenfeld Energie und Klima über Begleitprozesse und einen Runden Tisch fand außerdem eine zweitägige Zukunftskonferenz statt, die explizit für Bürger und die interessierte Öffentlichkeit eröffnet wurde.

Verfahren

Im Zuge der Expertenbeteiligung hatten sich die - vom Institut für Energiewirtschaft und rationelle Energieanwendung - ausgearbeiteten Themenfelder (Wärme, Strom, Mobilität, Erneuerbare Energien und Übergreifendes) und Maßnahmen bereits weiter konkretisiert. Die Zukunftskonferenz, die Anfang Juli 2010 stattfand, diente der Bewertung dieser Maßnahmen und Entwicklung von Empfehlungen für die weitere Überarbeitung des Konzeptes.

65 Teilnehmer, darunter interessierte Bürger, Handels- und Wirtschaftsvertreter, Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Lehrer und Schüler, nahmen an der zweitägigen Veranstaltung teil. Bereits bei der Anmeldung für die Zukunftskonferenz konnten sich die Teilnehmer für ein spezifisches Thema entscheiden. Sie erhielten dann vorab zur Veranstaltung weiterführende Informationen zum aktuellen Stand der Planungen.

Auch die Zukunftskonferenz wurde von einer Informationsphase eingeleitet: Zunächst als kurze Eingabe von Informationen und im zweiten Schritt als Posterrundgang, bei dem die einzelnen Themen dargestellt wurden und Experten für Fragen bereit standen. Im Anschluss wurde in wechselnden Themengruppen aus 10-15 Teilnehmern diskutiert. Unter der Fragestellung: „Was finde ich gut, was benötigen wir, wie kann ich mich einbringen?“ wurden die einzelnen Themenschwerpunkte erörtert. Nach der Bewertung der Maßnahmen wurden die Ergebnisse der einzelnen Gruppen vorgestellt und noch offene Fragen geklärt.

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Ergebnis

Die Kommentare und Bewertungen der Maßnahmen flossen in die Weiterentwicklung des Klima- und Energiekonzeptes ein, das im Herbst 2010 dem Gemeinderat vorgestellt wurde. Dabei wurden Maßnahmen in den Themenbereichen Finanzierungsmodelle, Energiesparen für einkommensschwache Haushalte und Ludwigsburger Standard durch die Teilnehmer der Zukunftskonferenz sowie des Runden Tisches verändert. Gerade der Fokus auf einkommensschwache Haushalte wurde im Rahmen der Zukunftskonferenz bestärkt. Ablehnung fanden Maßnahmen zum Thema Methanol aus Klärschlamm und Übernahme des Stromnetzes seitens der Stadt. Diese wurden teilweise als nicht prioritär und weiter zu erörtern bewertet.

Literaturhinweis

Endbericht zum Klima- und Energiekonzept Ludwigsburg, online verfügbar unter:
https://www.ludwigsburg.de/site/Ludwigsburg-Internet/get/1426612/GEK_Abschlussbericht.pdf (Zuletzt eingesehen am 10.6.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

**Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de**

Zukunftskonferenz zur „Energiewende in Wolfhagen“

Ina Richter*

Hintergrund

Die Stadt Wolfhagen hat in der Förderinitiative „Wettbewerb energieeffiziente Stadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung teilgenommen und wurde als eine von fünf Modellstädten ausgewählt. In einem Stadtquartier sollten zudem erste Maßnahmen beispielhaft umgesetzt werden. Für weiterführende Planungen zur Umsetzung der lokalen Energiewende wurde die Windkraft als ein wichtiger Energieträger diskutiert. Um konkrete Standorte für Windenergie gab es bereits längere Auseinandersetzungen in Wolfhagen, in deren Zuge sich eine Bürgerinitiative gegen Windenergie und später auch eine Bürger-Energiegenossenschaft pro Windkraft gründete. Eine Steuerungsgruppe bestehend aus Interessenvertretern und Konfliktparteien konnte 2009 keine Einigung um die Windkraft auf dem Rödeser Berg herbeiführen. Um das Modellvorhaben „Energiewende in Wolfhagen“ nun in Gang zu bringen, wurde eine ergänzende Kommunikationsstrategie beschlossen, die mit einer Zukunftskonferenz beginnen sollte.

Verfahren

Die Zukunftskonferenz fand im März 2012 im Auftrag der Stadtwerke Wolfhagen statt und wurde durch den Magistrat der Stadt begleitend unterstützt. Ziel des Verfahrens war es, die verschiedenen Erneuerbare Energieträger auf ihre Vor- bzw. Nachteile hin mit Fachleuten sachlich zu diskutieren, Informationen wie bspw. zu Bauleitplanungen zu vermitteln und Zielkonflikte aufzulösen.

Zur Vorbereitung der Zukunftskonferenz gründete sich ein kleines *Planungsteam* bestehend aus Vertretern der Stadtverwaltung, der Stadtwerke und dem beauftragten Moderationsbüro. In mehreren Sitzungen wurde der Ablauf, die inhaltliche Ausgestaltung, das Einladungsprozedere, die Beteiligung und Rolle politischer Vertreter und die fachliche Betreuung der Inhalte durch Experten diskutiert und festgehalten.

Bürger wurden direkt über Ortsvorsteher angesprochen an der eintägigen Veranstaltung teilzunehmen. Auswahlkriterien für die Teilnehmer waren ein Mindestalter von 16 Jahren, eine ausgewogene Verteilung von Frauen und Männern wie der verschiedenen Altersgruppen. Gleichfalls wurde die Lokale Presse hinzugezogen, um interessierte Teilnehmer zu gewinnen. Damit gab es insgesamt ein Teilnehmerkontingent durch die direkte Ansprache bzw. eines durch den Presseaufruf. Mandatsträger waren nicht als Teilnehmer, sondern vielmehr als stille Beobachter in den Beteiligungsprozess einbezogen. Etwa 100 Bürger kamen zur Zukunftskonferenz. Nach kurzen Eröffnungsreden begann die inhaltliche Diskussion. An acht thematischen Stationen informierten 19 Referenten über konkrete Inhalte und luden zur Diskussion ein. Auch eine Bürgerinitiative gegen sowie eine pro Windkraft informierten an Stationen über ihre Perspektiven und sachlichen Grundlagen zur Windenergie.

Nach einem festen rotierenden Verfahren konnten die teilnehmenden Bürger mit den Referenten zu folgenden Themen diskutieren: Kommunale Energiewende, globale

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

Energiewende, Finanzielles, Wolfhagen- die Energieeffiziente Stadt, Freudiges und Ärgerliches, Engagiertes.

Ergebnis

Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt wurden notiert und in einem Abschlussbericht zusammengetragen. Sie wurden in einer Magistratssitzung vorgestellt und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht. Sie beinhalteten Empfehlungen für die Entscheidungsträger zur Umsetzung der gesteckten Ziele 100% Erneuerbare Energien bis 2015. Dabei ging es auch, um den Gedanken des „gemeinsamen Gestaltens“, der Einbindung der Bürger in die weiteren Prozesse. Gewünscht waren auch schnelle Entscheidungen und Realisierung von Projekten. Arbeitsaufträge zielten u.a. darauf ab, dass Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen bei der Energieversorgung zu prüfen seien. Die Ergebnisse wurden weiterführend vom Planungsteam reflektiert und auf dieser Basis eine „Charta zur Energiewende in Wolfhagen“ erstellt.

Literaturhinweis

Leibenath, M. und A. Otto 2013, „Windräder in Wolfhagen – eine Fallstudie zur diskursiven Konstituierung von Landschaften“, in Leibenath, M., Heiland, S., Kilper, H., Tzschaschel, S. (Hg.), *Wie werden Landschaften gemacht? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Konstituierung von Kulturlandschaften*, transcript Verlag Bielefeld, 205-236.

Abschlussbericht 2012, *Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung der Zukunftskonferenz „Energiewende in Wolfhagen“*, im Auftrag der Stadtwerke Wolfhagen, online verfügbar unter:

http://www.wolfhagen.de/de/rathaus/buergerbeteiligung/zukunftskonferenz_energiewende_wolfhagen.php (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: [ina.richter\(@\)iass-potsdam.de](mailto:ina.richter(@)iass-potsdam.de)
www.iass-potsdam.de

Zukunftswerkstatt zur Stadtentwicklung „Baunatal 2030“

Ina Richter*

Hintergrund

Ausgangspunkt für den Beteiligungsprozess in Baunatal war die Ideenentwicklung und -erarbeitung für die zukünftige Stadtentwicklung. Die politischen Parteien Baunatals hatten bereits im Jahr 2008 mit dem *Masterplan Innenstadt* damit begonnen, sich mit der strategischen Entwicklung der Stadt bis 2030 zu befassen und entsprechende Zukunftspapiere zu erarbeiten. Das Bürgerbeteiligungsverfahren bildete einen Schritt für die Erarbeitung von konzeptionellen Grundlagen für die Neugestaltung Baunatals. Das Beteiligungsverfahren wurde durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung initiiert und der Magistrat mit dessen Umsetzung beauftragt. Das Konzept für den Beteiligungsprozess sowie die Moderation des Verfahrens wurde mit Vertretern einer Universität und in Absprache mit dem Bürgermeister erarbeitet. Dabei galt es bereits getroffene Vorabfestlegungen zu Zeitraum und Datum der ersten eintägigen Veranstaltung zu berücksichtigen, was Einschränkungen für die Gestaltung des Verfahrens bedeutete. Ziel des Beteiligungsverfahrens war es, Ideen der Bürger Baunatals zusammenzutragen, über einen längeren Prozess zu entwickeln und letztlich konkrete Forderungen und Umsetzungsschritte herauszuarbeiten. Die Ergebnisse sollen dann in die Beschlussfassung des Magistrats eingehen.

Verfahren

Der Beteiligungsprozess bestand aus mehreren Elementen. Zum einen fand eine Auftaktveranstaltung im Format des Open-Space im März 2009 statt. Die zweite Zukunftskonferenz bildete den Abschluss des Prozesses im Oktober 2009. In den Monaten zwischen den beiden Veranstaltungen tagten zehn Arbeitsgruppen, die sich als Ergebnis der ersten Konferenz formiert hatten. Zudem wurde eine separate Jugendkonferenz durchgeführt. An den Arbeitsgruppen wie Zukunftskonferenzen nahmen im Schnitt ca. 100 Bürger teil, die sich ihrem eigenen Interesse nach als Teilnehmer anmelden konnten.

Unter dem Motto „Wer immer kommt, es sind die richtigen Leute“ waren die Bürger Baunatals aufgefordert sich an der Zukunftsentwicklung ihrer Stadt zu beteiligen. 120 Personen folgten diesem Aufruf und sammelten zunächst, nach kurzer Begrüßung und methodischer Einführung, Ideen und für sie wichtige Themen für die Entwicklung ihrer Stadt. Methodisch verfolgte die Veranstaltung das Format des Open Space, bei dem Bürger für sie wichtige Themen vorstellen und andere Teilnehmer zur vertieften Diskussion des vorgeschlagenen Anliegens einladen. Die Teilnehmer konnten dabei auch die Gruppe wechseln, wann immer sie wollten. Im Ergebnis der ersten Open Space Konferenz standen Ergebnisposter zu zehn Themen (Energie, Sport, Bildung, Jugend, Alter, Zusammenleben & Kultur, Arbeitsplätze, Engagementförderung, Innenstadt, Vernetzung). Zu diesen bildeten sich Arbeitsgruppen mit verantwortlichen Sprechern, die sich in den Folgemonaten trafen, um die Ideen weiter zu konkretisieren und nach Umsetzungsmöglichkeiten zu suchen. Zu den Treffen der Arbeitsgruppen gab es zwei Sitzungen mit dem Bürgermeister, die dazu dienten Zwischenergebnisse zu präsentieren und das weitere Vorgehen zu beschließen. Zur

Steckbrief zum Projekt ‚Energiebeteiligt.de‘

graphischen und schriftlichen Dokumentation der Ergebnisse für die Öffentlichkeit gehörte auch die Formatentwicklung der zweiten, abschließenden Zukunftskonferenz. Im Kreise von 70 Teilnehmern erläuterten die entstandenen Arbeitsgruppen ihre Ideen an einzelnen Stationen, um ihre Fragen und Anmerkungen zu ergänzen. Eine Jugendkonferenz vervollständigte das Verfahren. Hier nahmen 60 junge Menschen teil, um ihre Stadtentwicklungswünsche und deren Realisierungsmöglichkeiten zu diskutieren.

Ergebnis

Ergebnis des Verfahrens ist ein Bericht, der vom externen Moderator verfasst und einige Monate nach Abschluss des Verfahrens auf einer Bürgerversammlung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde. In diesem Bericht erläutert der Autor das Verfahren, fasst die Ergebnisse zusammen und beleuchtet den Beteiligungsprozess durch verschiedene mehr oder weniger visionäre „Zukunftsbrillen“. Dabei legt er Schwerpunkte der Diskussion dar, wie zu den Themen Sportstadt, Bildung, Ökologie, Innerstädtische Entwicklung. Im Bereich Energie werden Chancen seitens der Bürger für Weiterentwicklung gesehen. Es zeigte sich, dass einerseits an Bewährtem festgehalten wird und es andererseits schwer fällt, visionäre Ideen zu entwickeln.

Literaturhinweis

Burow, O.-A. 2010, *Zukunftswerkstatt Baunatal 2030*, online verfügbar unter: <http://www.baunatal.de/de/ihre-stadt/Baunatal2030/Baunatal-2030.php> (Zuletzt eingesehen am 30.07.2015).

* Ina Richter ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS Potsdam) und forscht zu Fragen von Bürgerbeteiligung im Rahmen der Energiewende. Sie leitet das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Forschungsvorhaben *DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* am IASS, in dessen Rahmen dieser Steckbrief entstand. Online verfügbar ist der Steckbrief auf der Projektwebseite Energiebeteiligt unter www.energiebeteiligt.de.

Kontakt: ina.richter@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de